Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und an allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsst. u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553. Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Montag, den 16. Mai 1927 — Nummer 113

14 Zentner Sinowjew-Briefe

Drei Lastautos Dokumente — Erledigter Waffenschwindel

Die Einbrecheraktion der englischen Regierung in die russische Handelsvertretung von London („Der Coup vor Scotland Yard" nennt sie die Vossische Zeitung) dauert noch an. In der Nacht zum 14. d. M. wurden aus den inzwischen erbrochenen und gesprengten Safes 14 Zentner Dokumente auf drei Lastautos abtransportiert. Die Dokumente wurden mit starker polizeilicher Bewachung nach Scotland Yard gebracht, wo sie, da es sich um chiffrierte Schriften handelt, entziffert werden sollen.

Der Waffenschwindel der englischen Regierung hat sich schon erledigt. Die Morning Post muß mitteilen, daß nicht eine einzige Waffe gefunden sei. Angeblich sollte doch ein Waffentransport die Ursache zur Durchsuchung gegeben haben.

Weiter wird mitgeteilt, daß auch das gesuchte Staatsdokument nicht gefunden wurde. Auch dieses Dokument existiert nur in der verbrecherischen Phantasie der englischen Minister, die einen Grund zu der frechen Provokation der Sowjetrepublik suchten. Die Unverschämtheit der Provokation und die tatsächliche Absicht zeigt sich darin, daß auch alle jetzt eingehende Post beschlagnahmt wird. Die englische Polizei nimmt wohl auch an, daß in Briefen Kanonen ankommen, oder daß man das „verschwundene" Staatsdokument jetzt schnell an die Arcos einsenden werde.

Das Berliner Tageblatt teilt mit, daß die von den englischen Diehards durchgeführte Einbrecherarbeit, eine achtstündige, ununterbrochene Nachtarbeit mit pneumatischen Mauerbrechern und Azetylengebläsen erfordert habe, dann aber habe man 7 Tonnen Papiere erwischt. Die Einbrechertätigkeit soll weiter fortgesetzt werden.

Im englischen Unterhaus soll morgen Stellung zu den Vorgängen genommen werden. Im Kabinett soll einige Verwirrung herrschen. Die Telunion berichtet heute: Wie der diplomatische Korrespondent des Observe meldet, werden morgen im Unterhaus, wichtige Erklärungen über die Durchsuchung des Arcos-Gebäudes abgegeben werden. Unentschieden sei die Frage, ob der Innenminister oder der Außenminister sprechen werde. Daraus könne man schließen, daß in der Wall-Street Verwirrung herrsche. Bekannt sei, daß das Außenministerium vor der Durchsuchung nicht gefragt worden sei. Scotland Yards und das Innenministerium hätten wohl geglaubt, der Ueberfall würde keine diplomatische Bedeutung haben. Durch die Arbeit der Polizei und des Innenministeriums werde das Auswärtige Amt gezwungen, seine Außenpolitik gegenüber Rußland offen darzustellen, und zwar in einem Augenblick, in dem es besondere Gründe hätte, Zurückhaltung zu üben. Das völlige Schweigen aller amtlichen britischen Kreise während des Wochenendes sei ein Zeichen für das Dilemma, in das die britische Regierung durch ihren Mangel an Zusammenarbeit geraten sei. Ob Scotland Yards im Gewölbe der Arcos oder in den Gewölben der Handelsdelegation gewisse Dokumente finde oder nicht, auf alle Fälle sei das britische Kabinett gezwungen, zu erwägen, ob der Ueberfall auf das amtliche russische Gebäude vereinbar sei mit den Beziehungen zu Moskau. Die Meinungsverschiedenheiten hätten anscheinend jetzt ihren Höhepunkt erreicht.

Die Sowjetregierung verteidigt den Frieden

Berlin, 16. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Telegramme, die die bürgerliche Presse aus Moskau erhalten haben will, melden, daß die russische Note an die britische Regierung in der Arcosangelegenheit bereits fertig gestellt sein soll und heute oder morgen der britischen Regierung oder ihrem Vertreter in Moskau überreicht wird. Nach diesen Meldungen soll die Note feststellen, daß die britische Regierung auch nach dem letzten Notenaustausch weiterhin eine feindliche Politik gegen die Sowjetunion geführt hat, während die Sowjetregierung sich die größte Mühe zur Verbesserung der englisch-russischen Beziehungen gegeben hat. Die Sowjetregierung sei gezwungen, alle Maßnahmen zum Schutz vor Intrigen der englischen Diplomatie zu ergreifen. Trotz des Vorgehens der britischen Regierung könne sich die Sowjetregierung im Interesse der Beziehungen der beiden Völker jedoch zur Kündigung des russisch-englischen Handelsabkommens nicht entschließen.

Das Staatsdokument nicht gefunden

London, 16. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Nach Meldungen bürgerlicher Presse wird die Durchsuchung des Gebäudes der Arcos noch fortgesetzt. Wichtige Staatsdokumente, die angeblich verschwunden sein sollen und die nach Angaben der Londoner Polizei ausschließlich die Durchsuchung der Räume der Arcos enthalten, konnten nicht gefunden werden. Es wird gemeldet, daß neuerdings zwei weitere Geheimfaches, die hinter Holzäfelungen verborgen waren, entdeckt wurden. Der Innenminister wird über die Durchsuchung des Gebäudes in der Montagsitzung eine Erklärung abgeben. Wie der Sunday Expreß berichtet, wurden von seiten der Londoner Polizei bereits einige Tage vor der Razzia als Arbeiter verkleidete Polizeibeamte in das Gebäude geschickt.

Der erste Krach im Konjunkturgebäude

Die nunmehr nahezu ein Jahr andauernde Konjunkturverbesserung wird jetzt zum ersten Male ernsthaft bedroht. Die Erschütterung geht aus vom Geld- und Kapitalmarkt. Die wachsende Verschuldung des deutschen Kapitalismus an das Ausland mit ihren Zins- und Abzahlungsverpflichtungen, die nunmehr in stärkerem Maße fällig werdenden Reparationszahlungen führten einen immer größeren Abfluß an Auslandsdevisen herbei, denn mit ausländischen Geldsorten und Noten, die ja mit zur Deckung der deutschen Banknoten dienen, werden diese Verpflichtungen erfüllt. Diese Entwicklung war um so bedrohlicher, als es trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist, durch Steigerung der deutschen Ausfuhr einen Ersatz für die abströmenden Devisen herbeizuschaffen. Um diese Schwierigkeiten zu beseitigen, forderten die Großbanken eine Heraufsetzung des offiziellen Zinsfußes der Reichsbank, der heute 5 Prozent beträgt. Dadurch wären automatisch auch die Zinssätze in der gesamten übrigen Wirtschaft in die Höhe gegangen, und das ausländische Kapital hätte einen erhöhten Anreiz erhalten, seine Gelder in Deutschland anzulegen. Auf diese Weise wäre die gegenwärtige Devisenkalamität wenigstens vorübergehend beseitigt worden, aber nur auf Kosten einer noch stärkeren Verschuldung Deutschlands an das Ausland.

Dieser von den Banken vorgeschlagene Ausweg ist aber durch eine Aktion des Reichsbankpräsidenten Schacht vereitelt worden. Die Reichsbank hat an dieser Lösung kein Interesse, denn sie führt zu einer noch bedeutenderen Verstärkung der Gewinne und der Machtstellung des Großbankkapitals auf Kosten der Reichsbank. Schacht verlangte daher, daß die Großbanken ihre sogenannten „Reportkredite" sofort einschränken sollten. Unter diesen Krediten versteht man jene Gelder, die die Banken der Börsenspekulanten jeder Richtung zur Verfügung stellen, damit sie mit Hilfe dieser geborgten Summen Wertpapiere kaufen können. Diese sogenannten Reportkredite des Bankkapitals an die Spekulation mögen zurzeit weit über 1,5 Milliarden Mark betragen. Werden diese Kredite eingeschränkt, so müssen die Spekulanten große Teile ihres Wertpapierbestandes verkaufen, wodurch die Börsenkurse gewaltig nach unten getrieben werden. Dadurch entstehen naturgemäß auch dem Bankkapital Verluste. Schacht ist es anscheinend dadurch gelungen, die Banken seinen Wünschen gefügig zu machen, daß er es verstanden hat, das Reichskabinett hinter sich zu bringen.

Heute kündigen die Berliner Großbanken eine Herabsetzung der Reportkredite für Mitte Juni um 25 Prozent an. Weitere Herabsetzungen sollen folgen. Und man hofft außerdem, daß sich die anderen Banken diesem Vorgehen anschließen werden. Auch Krediteinschränkungen an die übrige Bankkundschaft sind beabsichtigt. Das Gerücht von diesen Maßnahmen hat an der Börse vom 12. Mai geradezu verheerend gewirkt und einen ihrer berüchtigten schwarzen Tage herbeigeführt. Die Kurse sind um 10—30 Prozent gesunken, und für viele angebotene Papiere fanden sich überhaupt keine Käufer. Man kann noch nicht genau übersehen, wie die weitere Entwicklung verlauf wird, aber es ist sehr wahrscheinlich, daß noch eine größere Reihe von schwarzen Tagen der Spekulation bevorsteht. Solche Entwicklung wird sich auch schließlich auf die übrige Wirtschaft auswirken; denn es gibt heute keine Fabrik, kein Geschäft von nur einigermaßen Bedeutung, das nicht in erheblichem Maße an der Aktienspekulation beteiligt ist, von den großen Firmen und Konzernen ganz zu schweigen. Es besteht daher die Möglichkeit und die Gefahr, daß in absehbarer Zeit ein Umschlag in der Konjunkturentwicklung erfolgt, und die Arbeiterschaft muß sich beizeiten auf diese Möglichkeit einstellen.

Der schwarze Freitag

Freitag, der 13. Mai ist ein Unglückstag für die Börsenspekulanten jeden Kalibers gewesen. Seitdem eine Berliner Börse besteht, sind noch niemals derartige Kursstürze an einem Tage zu verzeichnen gewesen. Kurssenkungen von 30 und 40 Prozent bildeten keine Seltenheit, ja, Papiere, die vorher als „Lieblingskinder der Börse" bezeichnet wurden, machten geradezu Rekordsprünge nach abwärts. So gingen die Aktien des Ostwerke-Schultheiß-Konzerns um mehr als 90 Prozent zurück und die Aktien der Vereinigten Glanzstoffwerke stürzten sogar mit einem Schlage um 143 Prozent auf 500. Der gesamte Bestand an deutschen Aktien dürfte sich wohl am Donnerstag und Freitag um weit mehr als 10 Milliarden Mark entwertet haben. Das ist natürlich kein realer Verlust, denn nur diejenigen Aktienbesitzer, die ihre Papiere wirklich zu den gesenkten Kursen verkaufen, werden von dem Verlust betroffen, und das ist immerhin nur ein verschwindender Bruchteil der Gesamtbesitzer.

In normalen Vorkriegszeiten richtete sich der Kurs der Aktie nach der Dividende und dem durchschnittlichen Zinssatz. Betrug dieser beispielsweise 5 Prozent und gab eine Aktiengesellschaft 10 Prozent, so schwankte ihr Aktienkurs ungefähr um 200 Prozent herum, so daß die Aktienbesitzer nicht mehr als den durchschnittlichen Prozentsatz für ihre Aktien vergütet erhielten, denn sie mußten ja, um für eine 1000-Mark-Aktie 100 Mark Zinsen zu erhalten, beim Ankauf 2000 Mark (200 Prozent) bezahlen. Diese Zusammenhänge sind schon lange gestört. Der Mangel an Betriebskapitalien ist in Deutschland bei weitem noch nicht beseitigt, die Zinssätze sind daher immer noch sehr hoch. Unter den normalen Vorkriegsverhältnissen würde dieser Zustand ausgeglichen werden durch die Verknüpfung Deutschlands mit der Weltwirtschaft. Hohe Zinssätze bedingen hohe Preise, infolge

An die deutsche Arbeiterschaft!

Klassengenossen! Die Polizeiagenten des britischen Imperialismus haben einen frechen Ueberfall auf die russische Handelsvertretung und auf das Gebäude der Allrussischen Genossenschaften in London verübt. Eine Haussuchung soll Material zur Rechtfertigung der Kriegspläne der englischen Brandstifter zur Stelle schaffen.

Die Gaunertricks der Baldwin-Regierung, die ihre Mehrheit mit dem gefälschten „Sinowjew-Brief" erschwindelte, können niemanden täuschen. Die englische Bourgeoisie sieht ihre Herrschaft durch den Aufstieg der Arbeiterklasse, durch das Erwachen der Kolonialvölker bedroht. Sie fürchtet in Sowjetrußland den mächtigsten Freund aller Ausgebeuteten und Unterdrückten. Durch brutale Gewalt und tückische Ausnutzung des Verrats hat sie der englischen Arbeiterschaft und der chinesischen Revolution schwere Schläge zugefügt. Jetzt glaubt sie die Stunde gekommen, mit dem Hort der Unterdrückten und Ausgebeuteten der ganzen Welt, mit dem einzigen Proletarierstaat, der Sowjetunion, abrechnen zu können. Jeder Arbeiter, jeder Werktätige, jeder aufrichtige Feind des imperialistischen Krieges muß verstehen:

England will den Krieg, England provoziert den Krieg mit allen Mitteln.

Die Sowjetregierung hat die ganze Reihe unverschämter Herausforderungen, von der Note Chamberlains bis zur Entsendung der Henker Tschangtsolins in die Pekinger Russische Botschaft, mit unerschütterlicher Ruhe zurückgewiesen, sie hat mit fester Hand die Sache des Friedens verteidigt. Die Sowjetregierung, deren Vertreter in Genf soeben vor der ganzen Welt die Sache der Ausgebeuteten führen, wird trotz aller Provokationen den Frieden weiter bis zum äußersten verteidigen. Aber der Weltimperialismus wird vor keiner Drohung, vor keinem Verbrechen zurückschrecken, um den Krieg gegen die Vormacht des internationalen Proletariats zu entfesseln.

Nur die kampfentschlossene, zum Aeußersten bereite Solidarität der Arbeiterklasse kann das Verhängnis abwehren. Der Platz jedes klassenbewußten Arbeiters ist an der Seite des bedrohten russischen Proletarierstaates.

Die deutsche Bourgeoisie steht mit den englischen Imperialisten im Bunde, sie beteiligt sich im Völkerbund an den Kriegsplänen gegen die Sowjetunion und die rebellierenden Kolonialvölker. Ihre Presse unterstützt die Verbrechen und Lügen der englischen Kriegshetzer. Die deutsche Bourgeoisie wird keinen Augenblick zögern, das deutsche Volk aufs neue als Kanonenfutter in die Schützengräben zu jagen, wenn ihr die Aussicht auf neuen Gebietserwerb und Kolonialraub winkt. Aber kein Machtgebot, keine Gewalt wird die klassenbewußten Arbeiter Deutschlands zwingen, die Waffen gegen die russischen Brüder zu richten, Mordwerkzeuge für die Todfeinde des Proletariats herzustellen, Transporte für Arbeitermörder durchzulassen.

Am 8. Mai haben die faschistischen Garden des Stahlhelm unter dem Kommando wilhelminischer Generale ihre Bereitschaft im Kampfe gegen den Bolschewismus demonstriert. Die Berliner Arbeiterschaft hat in machtvollen Gegenkundgebungen gezeigt, daß sie zum Kampf gegen die Organisatoren und Propagandisten des Massenmords entschlossen ist. Die reformistischen Führer, die Durchhalteprediger im Weltkrieg, haben die Polizei zum Schutz des faschistischen Kriegervereins gegen die Arbeiter gehetzt, sie unterstützen seit Jahren die Kriegshetze des Weltimperialismus gegen die Sowjetunion, sie werden auch in dieser kritischen Stunde an der Seite der Imperialisten gegen das Proletariat stehen.

Gegen die Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie, gegen die Kriegsdrohungen der englischen Imperialisten, gegen die Sabotage jeder wirksamen Massenaktion durch die Reformisten gilt es die arbeitenden Massen Deutschlands aufzurütteln.

Jeder Betrieb, jede Gewerkschaft, jede Massenorganisation der Werktätigen, jede Arbeiterversammlung muß zur Frage der Kriegsgefahr Stellung nehmen und den Kampf gegen den Imperialismus und Kriegsgefahr zum Schutze der Sowjetunion mit allen Mitteln beschließen. Die Millionenmasse der Werktätigen muß sich unter den Losungen vereinigen:

Keine Waffe, keine Munition, kein Transport für die Imperialisten!
Nieder mit dem britischen, nieder mit dem Weltimperialismus!
Nieder mit der Bürgerblockregierung, der Mitverschworenen der englischen Kriegshetzer!
Hände weg von Sowjetrußland!
Aktive Solidarität mit dem revolutionären China!
Gegen den imperialistischen Krieg; für den Frieden!

Berlin, den 14. Mai 1927

Zentralkomitee der KPD
Sektion der Kommunistischen Internationale

dessen wären ungeheure Warenmengen nach Deutschland hineingeflossen und auf dem Wege des Warenverkehrs wäre ausländisches Kapital in Deutschland solange angelegt worden, bis die Kapitalknappheit und die höheren Zinssätze beseitigt worden wären. Heute aber ist der freie Warenverkehr aufgehoben. Der Konkurrenzkampf der Waren produzierenden Industrieländer hat sich bedeutend verschärft, sie sperrend sich durch Zölle, Einfuhrverbote usw. derartig gegeneinander ab, daß von einem freien Warenaustausch auf dem Weltmarkt längst nicht mehr gesprochen werden kann. Das trifft ganz besonders auf Deutschland zu, das durch den Mangel an imperialistischen Machtmitteln stärker als alle anderen im Wettkampf der kapitalistischen Mächte gehemmt ist.

So kam es, daß infolge der hohen Zinssätze immer mehr Auslandskapitalien nach Deutschland flossen, daß aber infolge der beschränkten Ausfuhrmöglichkeiten ihre Zurückzahlung und vor allen Dingen die Bezahlung der Zinsen und Reparationen auf Widerstände stieß. Die Auslandsschulden konnten nur aus dem Devisenbestand der Reichsbank bezahlt werden, der infolgedessen immer mehr zusammenschmolz, von 519 Millionen Anfang 1927 bis auf 127 Millionen am 7. Mai. Hinzu kommen noch andere Devisenzahlungen der Reichsbank, so daß diese nahezu eine Milliarde Devisen im Laufe der letzten Zeit abgeben mußte. Dazu kommt noch etwas anderes. Die Großbanken, die die hereinströmenden Auslandsgelder verteilen, stellten sie ausschließlich der Börsenspekulation zur Verfügung, weil sie daran mehr verdienten, während die Industrie für die von ihr benötigten Kredite auf die Reichsbank angewiesen war. Allein in einer Woche des April ist der Wechselbestand der Reichsbank um 393 Millionen gestiegen. Ihr Wechselbestand war mit 2,1 Milliarde um 850 Millionen oder rund 70 Prozent höher als zum gleichen Termin des Vorjahres und überstieg sogar den Jahresdurchschnitt 1913 um mehr als 80 Prozent. **Diese Entwicklung bedeutete eine Bedrohung der deutschen Währung.** Wenn sie sich fortsetzte, hätten schließlich die zur Zahlung an das Ausland, vor allem an die Reparationsagenten erforderlichen Devisen nur durch den Druck neuer Noten angeschafft werden können. Infolgedessen forderten die Großbanken eine Heraufsetzung des deutschen Zinsfußes, damit neue Auslandskapitalien hereinströmten (und sie ohne jede Schwierigkeit die Börsenspekulation hätten weiter finanzieren können), während der Reichsbankpräsident im Gegenteil eine Einschränkung der Börsenkredite forderte. Die Banken haben sich verzweifelt gegen die Forderung von Schacht gewehrt. Aber dieser drohte mit gesetzgeberischen Maßnahmen, und so haben sie sich gefügt, nicht ohne gegen die Stellung des Reichsbankpräsidenten mit einer Nadelstichpolitik vorzugehen, indem sie durch Ablehnung jedes Aktienkaufs und eigene Aktienverkäufe die Panik an der Börse verschärften.

Vom kapitalistischen Standpunkt aus gesehen war die Haltung Schachts zweifellos die vernünftigere. Die Heraufsetzung des Bankdiskonts, die von den Großbanken gefordert wurde, hätte zwar vielleicht die gegenwärtige Konjunktur dadurch aufrechterhalten, daß sie noch eine Zeitlang den Börsenparasiten und der Industrie hohe Spekulationsgewinne ermöglicht hätte, aber nur auf Kosten einer noch größeren Verschuldung Deutschlands an das Ausland und damit eines um so schärferen Rückschlages nach einiger Zeit. Die Krise wäre dann hinausgeschoben worden, aber die inneren Widersprüche hätten sich verschärft. Es bleibt abzuwarten, ob der gegenwärtige Schritt nicht tiefe Auswirkungen auf die Konjunkturentwicklung haben wird. Die Geschäftsbelebung in der deutschen Wirtschaft ist ja in erster Linie zurückzuführen auf die verstärkte Nachfrage des inneren Marktes und zu einem sehr erheblichen Teil auf die vermehrten Luxusbedürfnisse der herrschenden Klasse infolge der Börsengewinne. Wie wir gesehen haben, sind diese Börsengewinne aber nicht anderes als die verwandelten, vom Ausland für kurze Frist geborgten Summen. Borgt das Ausland nicht weiter, so werden diese Gewinne in Zukunft fortfallen, fordert das Ausland sogar seine Anlagen zurück, so werden sowohl auf der Börse als auch in der Industrie erhebliche Verluste nicht ausbleiben können. Entscheidend ist aber für die Arbeiterklasse, ob und wie die besitzenden Schichten versuchen werden, ihre Verluste auf die Proletariat abzuwälzen. Sowohl ein Rückgang im Beschäftigungsgrad der Industrie als auch Versuche, mit kartellmäßiger Erhöhung der Preise sich an den Konsumenten für die erlittenen Verluste schadlos zu halten, können nur ausgeglichen werden durch eine bedeutende Verstärkung des gewerkschaftlichen Kampfes und Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Die Lohnbewegung der Gemeindearbeiter

Ende März beschloß eine Landeskonferenz der Gemeindearbeiter in Leipzig die Kündigung des Lohnabkommens mit dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden. Als Forderung wurde damals durchschnittlich 15—25 Prozent Lohnerhöhung in Vorschlag gebracht. Die Opposition im Gemeindearbeiterverband verlangte für alle Lohngruppen eine Lohnerhöhung um **20 Pf.** Die Mehrheit der Konferenz beschloß jedoch, die Anträge der Lohnkommission zu überweisen. Die Landestarifkommission stellte sich unter dem Einfluß der reformistischen Gewerkschaftsführer auf den Standpunkt, sich mit einer Forderung von 10 Pf. pro Stunde zu begnügen, und begründete das mit dem Hinweis, daß die Forderungen „vernünftig und erreichbar" sein müßten. Die Lohnverhandlungen zwischen den beteiligten Organisationen fanden Mitte April statt. Das Ergebnis war folgendes: Seitens des reaktionären Arbeitgeberverbandes wurde den Arbeitern folgendes Angebot unterbreitet: Es sollten erhalten: **männliche Arbeiter 3 Pf., weibliche Arbeiter 2 Pf.** Das Angebot wagte auch die Landestarifkommission nicht anzunehmen. Es verfiel der Ablehnung. Die tarifliche Bezirksschiedsstelle wurde angerufen, sie entschied unter dem Vorsitz des Regierungsrates Dr. Opitz und fällte einen Schiedsspruch, nach dem ab 1. Mai 1927 den männlichen Arbeitern **4 Pf.**, den weiblichen **3 Pf.** zugebilligt wurden. Außerdem sollten diese Löhne ab 1. Oktober 1927 bei den Handwerkern um weitere 2 Pf., bei den ungelernten und weiblichen Arbeitern um 1 Pf. erhöht werden. Das Lohnabkommen sollte erstmalig zum 31. März 1928 aufgekündigt werden können. Obwohl dieser Schiedsspruch allen Forderungen der Arbeiter Hohn sprach, lehnte der Unternehmerverband sächsischer Gemeinden den Spruch mit der Begründung ab, daß er zu weitgehend sei. Aber auch die Belegschaften sprachen sich gegen den Schiedsspruch aus, da er nicht einmal den Ausgleich für die inzwischen eingetretene Mieterhöhung brachte. Des weiteren wurde die Spannung zwischen den Löhnen der männlichen und weiblichen Arbeiter vergrößert und eine Laufdauer vorgeschrieben, die für die Gemeindearbeiter untragbar war. Die Organisation rief nun den Tarifzentralschlichtungsausschuß in Berlin an, der in seiner Entscheidung den in Dresden gefällten Schiedsspruch bestätigte. Die Landestarifkommission empfahl nunmehr eine Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches mit dem Hinweis, daß die Ablehnung den Streik bedeute. Die Urabstimmung ergab in Dresden bei 92 Prozent Beteiligung **88 Prozent für Ablehnung**. Im Landesmaßstab stimmten insgesamt **85 Prozent** gegen den Schiedsspruch. Am Freitag nachmittag beantragte nun der Arbeitgeberverband beim sächsischen Schlichter Haack die Verbindlichkeitserklärung. Zur selben Zeit lud der Unternehmerverband die Arbeiterorganisation zu erneuten Verhandlungen, die am Freitag nachmittag stattfanden. Dabei wurde seitens der Unternehmer folgendes Angebot gemacht: Ab 1. Mai 5 Pf. für männliche Arbeiter, 3 Pf. für weibliche Arbeiter, ab 1. Oktober 1927 2 Pf. für alle Arbeitnehmergruppen, Laufdauer des Vertrages wie im Schiedsspruch. Zu diesem Ergebnis hat am Sonnabend eine Funktionärversammlung Stellung genommen. Nach dem Bericht des Kollegen Förster kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, bei denen die Opposition die entschiedene Ablehnung des Angebots forderte. Seitens der SPD wurde erklärt, daß man die Verantwortung für einen Streik nicht auf sich nehmen könne. Die SPD-Gewerkschaftsführer empfahlen nochmals eine Urabstimmung. Seitens des Vorsitzenden wurde erklärt, daß der Schlichter die Organisation bereits für Montag vormittag erneut geladen habe. Die Funktionärversammlung müsse deshalb schleunigst eine Entscheidung fällen. In geheimer Abstimmung wurde mit 147 gegen 77 Stimmen der letzte Vorschlag des Unternehmerverbandes angenommen.

Damit ist es den SPD-Gewerkschaftsführern wieder gelungen, eine Bewegung der Gemeindearbeiter abzudrosseln. Der nach jeder Seite unzureichende Schiedsspruch und die lange Vertragsdauer bedeuten ein Entgegenkommen an die Unternehmer, wie sie es sich nicht besser wünschen können. Die Gemeindearbeiter aber sollten aus dem Verhalten der Reformisten lernen, wie notwendig es ist, gemeinsam mit der Opposition in den Gewerkschaften darauf zu sehen, daß die Organisationen der Arbeiter wieder zu Klassenkampforganen gemacht werden.

Aussperrung in den Blechdruckereien

Durch die Lohnbewegung der in den Blechdruckereien beschäftigten Hilfsarbeiter ist den Betrieben Anton Reiser AG. und Union gegen die beabsichtigte Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und nun die Unternehmer dazu übergegangen, den in den Blechdruckereien beschäftigten Metallarbeitern und Steindruckern zu kündigen bzw. sie auszusperren.

Die Unternehmer glauben, mit ihren brutalen Willkürmaßnahmen die Arbeiterschaft niederzuschlagen. Der Kampf muß die volle Sympathie und praktische Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft finden.

Helft den kämpfenden Arbeitsbrüdern!!

Der Fall Hoelz

Heute erste Vernehmung von Friche

Halle, 16. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Heute soll die Untersuchung des Bergarbeiters Friche begonnen werden, der sich selbst bezichtigt, im mitteldeutschen Aufstand 1921 den Gutsbesitzer Heß erschossen zu haben. Für die angebliche Erschießung des Gutsbesitzers Heß ist Max Hölz zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden. Trotz der Selbstbezichtigung des Friche wurde dieser bisher auch nicht ein einziges Mal gerichtlich vernommen. Das ist in der deutschen Justiz der einzig dastehende Fall. Die Hinauszögerung durch den Untersuchungsrichter läßt den Eindruck erwecken, daß die Revision des Hölzprozesses, für die die Aussagen des Friche von entscheidender Bedeutung sind, künstlich hinausgezögert würde.

Wenn die Klassenjustiz Proletarier in die Zuchthäuser bringen will, arbeitet sie bedeutend schneller. Wenn es aber gilt, einen proletarischen Kämpfer zu befreien, dann werden alle Mittel der Verschleierung und Verschleppung in Anwendung gebracht. Das Proletariat muß mit stärkstem Druck die baldige Erledigung des Falles Hölz erzwingen und die Freilassung des Klassenkämpfers erreichen.

Eine Komödie der Reichsbannerleitung

Berlin, 16. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie der Montag Morgen erfahren haben will, wird der Bundesvorstand des Reichsbanners im Laufe des heutigen Tages den republikanischen Parteien des Preußischen Landtages eine Denkschrift zuleiten, die Beschwerde führt über die noch mangelhafte Republikanisierung der preußischen Verwaltung. Die Denkschrift richtet sich vor allem gegen die preußischen Gerichte, die geradezu ein Hort der monarchistischen Beamten geworden sind. Das Vorgehen des Bundesvorstandes des Reichsbanners kann nur als eine plumpe Irreführung der Arbeiterschaft betrachtet werden, da dieselben Parteien, die das Reichsbanner regieren, auch die Parteien der preußischen Regierung sind und es ihnen bei einigermaßen gutem Willen möglich wäre, die Republikanisierung der preußischen Verwaltung durchzuführen. Insbesondere sei darauf hingewiesen, daß die dem Reichsbanner angeschlossenen Parteien es erst vor wenigen Tagen abgelehnt haben, die Opfer der monarchistischen Richter zu amnestieren.

Fengs Vormarsch auf Peking

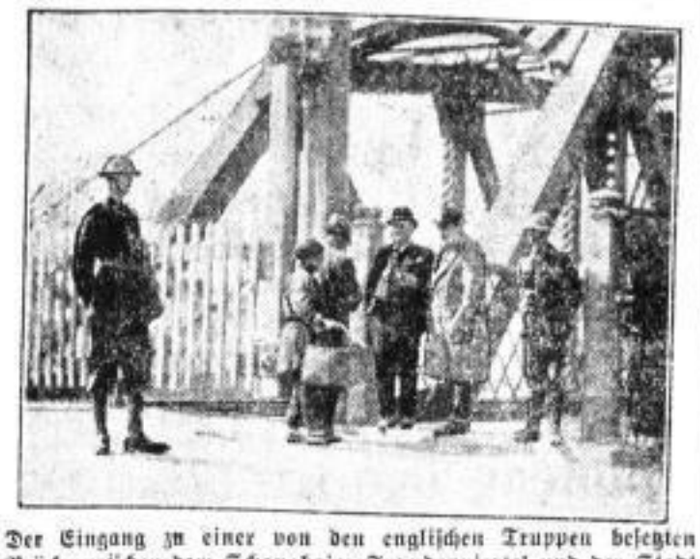
Wuhan, 16. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die Stadt Loyang wurde von den Truppen Fenjussiang eingenommen. Diese rücken an der Eisenbahnlinie Wuhan—Peking vor, um sich mit den Truppen Tangsengchins zu verbinden. Bei Chengchow ist ein großes Gefecht zu erwarten.

*

London, 16. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der englische Vertreter der Reuteragentur hatte mit dem Außenminister Tschen der Hankauregierung ein Interview, in dem dieser erklärte, noch bevor drei Wochen ins Land gegangen sein werden, werden sie den Weg nach Peking erobert haben. Dort werde das nationale China eine Sprache sprechen, die Chamberlain nicht ignorieren kann. Die englischen Truppen seien verloren, wenn sie mit Tschangkaischek flirten, der diesen Sommer nicht überleben werde.

*

Im Zentrum der chinesischen Revolution



Der Eingang zu einer von den englischen Truppen besetzten Brücke zwischen dem Schanghaier Fremdenviertel und der Stadt Chazel. Chinesen ist der Durchgang verboten.

Neue Offensive Tschangkaischeks gegen Tschangtsolin

Nanking, 15. Mai. (Kabeldienst der Telunion.) Der Angriff General Tschangkaischeks gegen die Nordarmee geht in zwei Heeresgruppen vor sich. Eine Gruppe der Armee geht gegen den Eisenbahnknotenpunkt Houdschoufu vor, die andere soll bei Tschinglang den Jangtse überschreiten. In Nanking sind die ersten Verwundetentransporte eingetroffen, woraus man auf starken Widerstand der Nordarmee schließen kann. Wie dem Vertreter der Telegraphen-Union von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, beabsichtigt General Tschangkaischek vorerst nur die Provinz Kiangsu bis an die Grenze von Schantung zu besetzen, um bei der dann geplanten Abrechnung mit der Regierung in Hankau auf diese einen stärkeren Druck ausüben zu können.

Massenprotest des russischen Proletariats gegen die Kriegsprovokationen

Moskau, 16. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Ueberfall auf die Arcos in London erregte die allgemeine Entrüstung der werktätigen Massen der Sowjetunion. In vielen Städten der Sowjetunion fanden gewaltige Massenversammlungen und Protestkundgebungen statt. Die Arbeiter, Angestellten, Rotarmisten und die Schuljugend versammelten sich in vieltausendköpfigen Kolonnen auf den Straßen und den Hauptplätzen Moskaus und veranstalteten gewaltige Demonstrationen. Die Plakate, die die Demonstranten mit sich führten, waren an die englischen Arbeiter gerichtet und appellierten an sie, **die Kriegsprovokationen Englands nicht zu gestatten und die Bemühungen der Sowjetregierung nach Einhaltung des Friedens zu unterstützen.** Das Gebäude der englischen Mission wurde von einem starken Kriegsaufgebot überwacht. Die Demonstranten, die das Gebäude betreten wollten, wurden zurückgedrängt. Die Kundgebungen dauerten bis zum Abend an.

Kommunisten Verhaftungen in Warschau

Warschau, 15. Mai. Heute wurden hier im Zusammenhang mit der Wiederkehr der Mairevolution in verschiedenen Teilen der Stadt Proklamationen und Aufrufe umstürzlerischen Charakters verbreitet. In den Arbeitervierteln sind Versuche gemacht worden, geheime Versammlungen abzuhalten. Sechs Personen, die der Kommunistischen Partei angehören, sind verhaftet worden.

Wahlerfolge der KPD in Braunschweig

Brandenburg a. d. Havel. Die Stadtverordnetenwahl brachte der Kommunistischen Partei einen Stimmengewinn von rund 500 Stimmen gegenüber den letzten Wahlen zum Provinziallandtag am 29. November 1926. Das Resultat der Stadtverordnetenwahl ist folgendes: (Die Zahlen in Klammern zeigen das Ergebnis der Wahl zum Provinziallandtag am 29. 11. 26.) **KPD 3591 (3089)**, SPD 16070 (13521), Bürgerblock 19477 (11776), Demokraten 2132 (1087).

Vom Tage

Zum Tode verurteilt.

Warnsdorf, 15. Mai. Am Sonnabend wurde nach fünftägiger unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattgefundenen Verhandlung von dem Leitmeritzer Schwurgericht das Urteil gegen den Kaufmann Franz Berr aus Schluckenau gefällt. Die Geschworenen hatten die Schuldfrage, die auf Lustmord lautete, bestätigt. Auf Grund Wahrspruchs verkündete der Vorsitzende das Urteil auf Todesstrafe durch den Strang.

Starkes Erdbeben in Süditalien?

Stuttgart, 15. Mai. (Telunion.) Nach einer Meldung der Erdbebenwarte Hohenheim wurde heute morgen um drei Uhr 49 Minuten ein starkes Erdbeben aufgezeichnet, dessen Herd in einer Entfernung von 1350 Kilometern liegt und in Süditalien (Calabrien) zu suchen ist. Es folgten noch einige Erdstöße kurz vor und kurz nach vier Uhr.

Zahlreiche Erdstöße in Belgrad.

Berlin, 16. Mai. (Telunion.) Gestern früh verspürte man in Belgrad, wie die Montagpost berichtet, ein starkes Erdbeben. Das Zentrum des Erdbebens liegt 30 Kilometer südwestlich von Belgrad. Die Bevölkerung wurde aus dem Schlafe geweckt und stürzte auf die Straße. Der angerichtete Schaden ist groß. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Das Erdbeben ist das stärkste in den letzten 20 Jahren. Gestern nachmittag folgten weitere 36 Erdstöße, so daß man noch mit weiteren Beben rechnet.

In Belgrad sind Schornsteine eingestürzt und zahlreiche Häuser beschädigt worden. Der alte Kornmarkt und das Außenministerium zeigen im Mauerwerk einige Risse.

Noskes gestern und heute

Hindenburg, Admiral Zenker, Geßler, Noske auf dem Heldenfriedhof in Wilhelmshaven

Rüstet zum Landeskongreß der Werktätigen

am Sonnabend, den 21. und Sonntag, 22. Mai in Dresden

Beilage
Montag, den 16. Mai 1927

Arbeiterstimme

Nr. 113
8. Jahrgang – Tageszeitung der KPD

Dresden

16. Mai 1923: Riesendemonstration in Berlin bei Ueberführung der Leiche Worowskis. 1922: Kongreß der Ostvölker in Moskau. — 1902: Hinrichtung des russischen Revolutionärs Balmaschew in Schlüsselburg.

Internationale Kinderwoche

Was können unsere Parteimitglieder während der Internationalen Arbeiterkinderwoche vom 15. bis 22. Mai tun?

Jedes Jahr wird vom Internationalen Kinderbureau eine Woche festgelegt, die dem proletarischen Kinde gewidmet ist. Das heißt, wir sollen uns als Revolutionäre nicht auf uns allein verlassen, sondern unsere Aufgabe ist es, schon jetzt zu versuchen, alles an uns heranzuziehen, was zu einer wirklich großen und aktiven Massenbewegung gehört. An das proletarische Kind werden die wenigsten unserer Parteimitglieder beim Mobilisieren für unser Ziel gedacht haben, trotzdem hier mit der günstigste Boden für uns vorhanden ist. (Siehe „Funktionär" Nr. 4.) Es ist klar, daß wir uns auf die körperliche Kraft des Kindes nicht besonders viel verlassen können, unsere Aufgabe ist es aber, in ihm schon jetzt den Gedanken des Klassenbewußtseins großzuziehen.

Ueberall dort, wo Jungspartakusgruppen bestehen, ist bis zu einem gewissen Grade schon vorgearbeitet worden, aber deswegen brauchen unsere Pioniere immer bei Werbungen und anderen Veranstaltungen die Unterstützung der Parteimitglieder in jeder Beziehung. Die Leitungen sollen mit dem JSB am Orte in Verbindung treten und von demselben verlangen, während der Kinderwoche propagandistisch in die Oeffentlichkeit zu treten. (Anweisungen sind den JSB-Leitern zugegangen.) Alle JSB-Gruppen stehen finanziell sehr schlecht da. Die Parteigenossen müssen Wege finden, diese Zeite zum Vorteil der Organisation zu regeln. Dasselbe gilt für die Lokalfrage. Dort, wo das Parteilokal ist, muß auch Platz für die Zusammenkünfte des JSB sein. Der Wirt sehe mit vom Gelde unserer Parteigenossen. Hinzu kommt noch, daß ein jeder Parteigenosse seine Kinder über 9 Jahre dem JSB zuführt. Dort, wo noch keine JSB-Gruppen bestehen, haben die Parteileitungen folgendes zu tun: In jedem Orte gibt es genug proletarische Kinder, an die wir herankommen müssen. Wir haben eine sehr gute Kinderzeitung, die Trommel, die für 10 Pf. sehr leicht unter die Kinder gebracht werden kann. Zu bestellen ist sie beim Verlag Junge Garde, Berlin O. 17, Kappenstr. 7. Hat man nun ständige Leser gefunden (Zeitung erscheint monatlich), so hat man sich schon einen Kreis geschaffen, den man beeinflussen kann. Der Schritt zu einem Ausfluge oder einer Zusammenkunft ist nun nicht mehr schwer.

Das sind die Aufgaben, die während der Internationalen Kinderwoche an jeden einzelnen Parteigenossen gestellt werden, die auch bei vorhandenem Willen durchführbar sind.

*

Jungspartakus-Tag in Radeberg

Am 14. und 15. Mai fand ein Jungspartakus-Tag in Radeberg statt, der zu einer wuchtigen Kundgebung gegen den Vormarsch der Schulreaktion ausgestaltet wurde. **Wir bringen darüber morgen einen ausführlichen Bericht.**

Unterhaltungs- und Aufklärungs-Abende für alle Eltern und Erzieher von Dresden

Montag, den 16. Mai, abends 7,30 Uhr:
Dresden-Löbtau, Aula der 35. Volksschule, Bünaustraße.

Dienstag, den 17. Mai, abends 7,30 Uhr:
Dresden-Neustadt, Reichskrone, Bautzner Weg.

Mittwoch, den 18. Mai, abends 7,30 Uhr:
Dresden-Löbtau, Drei-Kaiser-Hof, Kesselsdorfer Straße.
Dresden-Pieschen, Wenkes Ballsaal, Leipziger Straße.
Dresden-Striesen, Hammers Hotel, Augsburger Straße.
Dresden-Johannstadt, Turnhalle der 57. Volksschule, Zöllnerplatz.
Dresden-Leutewitz, Gasthof Leutewitz.

Donnerstag, den 19. Mai, abends 7,30 Uhr:
Dresden-Altstadt, Annenäle, Fischhofplatz.
Dresden-Gruna, Turnhalle der 31. Volksschule, Junghansstr.

Freitag, den 20. Mai, abends 7,30 Uhr:
Dresden-Cotta, Constantia, Hamburger Straße.
Dresden-Leuben, Gasthof Leuben.
Dresden-Neustadt, Radeberger Hof, Radeberger Straße.
Dresden-Coschütz, Gasthof Coschütz.

Sonnabend, den 21. Mai, abends 7,30 Uhr:
Dresden-Trachau, Wilder Mann.
Dresden-Reick, Lokal wird noch angegeben.

In fast sämtlichen Lokalen wird ein künstlerisches Programm geboten (Gesang, Musik, Sprechvorträge, mundartliche Vorträge usw.). Im Mittelpunkt der Darbietungen steht ein aufklärender Vortrag, der die Besucher über weltliche Schule, konfessionelle Schule, Konkordat, Reichsschulgesetz und andere Erziehungsfragen informiert. Ihre Mitwirkung als Redner haben zugesagt: Landtagsabgeordneter Lehrer Arzt, Köhler und Wickel, Stadtverordnetenvorsteher Dölitzsch, Stadtverordnete Lehrer Franke und Hammer, Vorsitzender des Dresdener Lehrervereins Trinks, Lehrer Sachse, Otto Schneider, Hermann Heinicke, Wellner, Weigel u. a.

Eltern und Erzieher, erscheint zahlreich. Eintritt frei.

Wählt am 22. Mai die Listen der Weltlichen!

Zentralwahlausschuß für die weltliche Schule.

Straßenbahnnachrichten. Nachtwagenumleitung in der Nacht zum Dienstag 1–5 Uhr früh: Linien 17, 19 und 20 zwischen Fürsten- und Pirnaischer Platz über Nicolai-, Canalettostraße, Stübelplatz, Grunaer Straße.

Straßenbahnnachrichten. Eilomnibuslinie E. Der erste Wagen ab Weißer Hirsch verkehrt versuchsweise eine halbe Stunde früher als bisher, also bereits 6.30 Uhr.

Neue Kartenverkaufsstelle der Straßenbahn. Der Stadtrat zu Radebeul hat den Verkauf von Fahrkarten und Heften für die Kötzschenbrodaer Linie übernommen. Der Verkauf erfolgt im Rathaus zu Radebeul durch die Hauptkanzlei.

Straßenumbenennungen. Der Rat hat beschlossen, in der Leipziger Vorstadt im Siedelungsgelände zwischen Hechtstraße, Bärwalder Straße und Bärnsdorfer Straße die Straße 5, 11, 19: Ottendorfer Straße; 9, 26: Wilschdorfer Straße; 6: Berbisdorfer Straße; 8: Seifersdorfer Straße; 12: Naunhofer Weg; 13: Ebersbacher Weg; 14: Medinger Weg und 17: Würschnitzer Weg zu benennen.

Eine kapitalistische Sumpfblüte

Der ganze Verhandlungsgang im Prozeß Kaufmann zeigt immer deutlicher, daß das Ganze nur Theater ist. Die Aussagen der Zeugen, die fast durchweg mit Kaufmann gute Geschäfte gemacht und die zum Teil noch heute seine Freunde sind, sind so vorsichtig gehalten, daß jeder fühlt: eine Krähe hackt der anderen nicht die Augen aus!

Das Benehmen Kaufmanns wird immer frecher!

Bei jeder Gelegenheit brüllt Kaufmann im Saal herum, daß mit ihm „Schindluder getrieben werde", und ähnliches mehr. Der Vorsitzende, der Kaufmann so überaus rücksichtsvoll behandelt, sieht sich genötigt, Ordnungsstrafen anzudrohen. Natürlich nur anzudrohen, es ist ja kein Arbeiter, der vor Gericht sitzt. — — —

Interessant gestaltet sich die Vernehmung des Prokuristen Dachsel. Letzterer war bei Kaufmann als Bilanzfachmann angestellt. Gemeinsam mit Direktor Sonntag hat er die Bilanz für 1924 aufgestellt; dabei habe sich ergeben, daß ein Verlust von 1,2 Millionen zu verzeichnen war. Kurze Zeit später sei Direktor Sonntag zu ihm gekommen und habe ihm gesagt, daß die Anlagewerte aufgewertet und die Unkosten geringer veranschlagt werden müßten.

Nach diesen Anweisungen hat Dachsel dann eine neue Bilanz aufgestellt, die einen Verlust von nur 696 000 Mark ergab. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er die zweite Bilanz für richtig gehalten, antwortet der Zeuge mit Nein. Auf die Frage des Vorsitzenden, was der Grund des Zusammenbruches sei, antwortet der Zeuge:

Die großen Privatausgaben sind an dem Zusammenbruch der Riesenunternehmen schuld.

Weiter muß der Zeuge bestätigen, daß die Anweisung zur Aufstellung der zweiten Bilanz durch Kaufmann geschehen sei. Bei der Vernehmung dieser Zeugen ereignet sich wieder einer der häufigen Zusammenstöße zwischen dem Angeklagten und dem Gericht. Als nächster Zeuge wird Kommerzienrat Dr. Mellingten-Hermann, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, vernommen. Zeuge M. erklärt, mit dem Angeklagten 1924 nach vorhergehender Bekanntschaft in geschäftliche Verbindung getreten zu sein. Bei Kreditergebung habe er immer Sicherheiten verlangt. Bei einer solchen Verhandlung habe Kaufmann einmal erklärt, sein gesamter Grundbesitz sei unbelastet. (Das entsprach nicht den Tatsachen!)

Wichtig ist, daß der Zeuge, als der Vorsitzende ihn fragt, ob er, wenn er gewußt hätte, daß Kaufmann einen Verlust von 1,8 Millionen habe, ihm trotzdem Kredit gewährt haben würde, mit Ja antwortet.

Der Staatsanwalt hält dem Angeklagten vor, daß er immer nur von einem Verlust von 1,2 Millionen Mark gesprochen habe, während es tatsächlich ein Verlust von 1,8 Millionen war. Wieder mimt Kaufmann den Erregten, um dann nach längeren Ausführungen resigniert zu erklären: „Ich glaube, es hat keinen Zweck, noch länger auf diesem Punkt herumzureiten, ich überlasse die Meinung dem Gericht. Darauf erwidert der Vorsitzende unter dem Gelächter der Tribünen ironisch: „Es wird Ihnen wohl auch nichts anderes übrig bleiben!" Hierauf folgt eine kurze Unterbrechung der Zeugenvernehmung, um noch einmal über den Sachverhalt Koswig-Mannheimer, bei dem Kaufmann Aktien, die ihm übergeben waren, verpfändet hat, zu sprechen. Kaufmann erklärt, daß er die Schloß-Hotel-Gotha-AG.-Aktien, die in Mannheimers Besitz waren, zu kaufen versuchte, um durch den Gesamtverkauf der Aktien mehr herausschinden zu können. Daß er dabei auch Mannheimer übervorteilte, ist selbstverständlich.

Zeuge Rosenthal, der Mitinhaber der Firma Mannheimer, wird über den Fall Schloß-Hotel Gotha vernommen. Bei der Vernehmung der Zeugen kommt u. a. auch der persönliche Verbrauch des Angeklagten zur Sprache. So hat Kaufmann bei Mannheimer in je einem Vierteljahr für nicht weniger als für 27 000–36 000 und 60 000 Mark Kleidung gekauft! Als der Vorsitzende Kaufmann wegen dieser ganz enormen Ausgaben zur Rede stellt, wird Kaufmann erregt und erklärt: Ein Mann, wie er gewesen, hätte es sich doch leisten können, wer soll es sich denn sonst leisten?! Die Höhe der Ausgaben sei durchaus nicht zu hoch, sondern als normal zu bezeichnen. Die Angestellten der Firma Mannheimer hätten oft zu seiner Frau geäußert, sie ginge zu einfach (!) angezogen. Die Einfachheit der Frau Kaufmann bestand darin, daß ihre Kleider (!) mit den teuersten Brillanten besetzt waren.

Und diese Sorte Menschen wollen die Edelsten der Nation sein! —

Konzertabend des Arbeiter-Mandolinistenvereins „Ringietto" Dresden

am Sonnabend, den 21. Mai, abends 7,30 Uhr, im Bürgergarten, Löbtau (anschließend Tanz). **Eintritt 40 Pf.** Einlaß 6,30 Uhr.

Verein zur Förderung von Versuchsschulen. Dienstag, den 17. Mai, abends 7 Uhr, in der Turnhalle der 46. Volksschule: Hauptversammlung. Tätigkeits- und Kassenbericht; Neuwahlen.

Der Verein für die freie weltliche Schule der 16. Volksschule veranstaltet Dienstag, den 17. Mai, eine Elternversammlung abends 7,30 Uhr in der Turnhalle der 16. Volksschule, Pollnitzstraße. Herr Lehrer Fechtig wird sprechen über die Praxis in der Lebenskunde. Die Eltern der 21. und 62. Volksschule sind herzlichst dazu eingeladen.

Berichtigung. In Nr. 10 unserer Zeitung muß es in dem Aufsatz: „Ein Tag im Kinderheim der IAH" nicht heißen „und müssen beten", sondern: „und werden durch das Beispiel einer Schwester zum Beten angeregt", — da die Nachahmung nicht unter direktem Zwang geschieht.

Kötzschenbroda. In Sachen Jugendweihe hält der Verein für Freidenkertum und Feuerbestattung Dienstag, den 17. Mai, 8 Uhr in der Kaiserbrauerei eine Elternversammlung ab. Genosse Lehrer Steiefeld wird einen tagebuchmäßigen Bericht erstatten über den Lehrhof, der alljährlich Oktober bis März in wöchentlich zwei Stunden zur Behandlung kommt. 1. Die alte Lehre. 2. Die neue Lehre: Die Wahrheit über Welt, Leben und Tod; der Irrwahn Religion. 3. Die daraus folgende Sittenlehre. 4. Ihre praktische Anwendung. — Im Anschluß sollen Wünsche, Anregungen und Neuregelungen für die künftigen Weihen zur Besprechung kommen. Ein möglichst vollzähliges Erscheinen der bereits eingeladenen Eltern, sowie der Freidenkergenossen, ebenso aller, die sich informieren möchten, ist im Sinne der Sache zur Führung des proletarischen Klassenkampfes gegen die geistige Knebelung durch die Bourgeoisie unbedingt wünschenswert.

Pesterwitz. In der Bekanntgabe der Geschäftsleute, die die Arbeiterstimme abonnieren, ist ein Druckfehler enthalten. Es muß heißen: Die Genossen von Niedergorbitz, nicht Niederpoyritz, können sich bei Bedarf vom Friseur Edelhäußer (Haus vor den roten Häusern) bedienen lassen. Ferner ist auch beim Einkauf das Grünwarengeschäft Paul Pilhardt, 40b, zu berücksichtigen. **Leser der Arbeiterstimme, unterstützt nur solche Geschäfte, die Wert auf Arbeiterkundschaft legen.**

Der verteidigte Autoraserie

Freiberg. Der Freiberger Anzeiger bemüht sich krampfhaft um die Rehabilitierung des der Autoraserei bezichtigten Herrn Kommerzienrats Günther. Seit der durch Autoraserei hervorgerufenen Menschenlebengefährdung ist der Freiberger Anzeiger eifrigst bemüht, den Herrn Kommerzienrat von dem auf ihm lastenden Verdacht zu reinigen. So mußten am Donnerstag der fragl. Chauffeur, sowie auch der inzwischen zum Reparaturmeister avancierte frühere Chauffeur Erklärungen im Freiberger Anzeiger folgenden Inhalts erlassen, daß sie nie zur Raserei angehalten worden seien und daß sie im Gegenteil öfters mündlich und schriftlich zu „vorschriftsmäßigem Fahren" ermahnt worden seien. (Ob die unterwegs öfters vorkommende Glasscheibentrommelei auch eine derartige „Ermahnung" sein sollte, sagen leider beide nicht. D. V.) Wir müssen dazu uns aber auch noch einige Worte erlauben. Zuerst eine Berichtigung unseres gebrachten Berichts. Es muß dort heißen statt: „in sieben Minuten von Brand nach Freiberg oder umgekehrt": „**in sieben Minuten hin und zurück**". Sodann noch eins: Wenn schon eine Reinwaschung versucht wird, warum wird dies dann nur mit Belegen von zwei bedingt und unbedingt abhängigen Leuten versucht? Warum werden dann nicht die sich gegen die geforderte Raserei stemmenden und deshalb entlassenen Chauffeure auch befragt? Für uns und die gesamte Bevölkerung von Brand und Freiberg steht nach wie vor fest, daß der Kraftwagen des Herrn Kommerzienrates wohl bisher kaum einmal im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften die Strecke passiert hat. Das beweisen ja vor allem auch die zahlreich vorgekommenen Schadensfälle, die jedoch bisher stets mit Geld beglichen wurden. Wäre nicht die durch den Zivilberuf des Herrn verkörperte Macht so drückend, würden bestimmt auch mehrere Male Anzeigen erfolgt sein. Alle aber, die dieser Machtsphäre entrückt sind, haben ein Recht darauf, zu fordern, daß die durch die Raserei entstehenden Gefahren, auch ohne daß noch weitere Schadensfälle sich ereignen, durch die Verkehrsbehörden unterbunden werden. Z.

Verteuerung der Postgebühren!

Die wichtigsten Gebühren der Reichspost werden wie folgt aussehen:

Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm (bisher 5 Pf.) neue Gebühr **10** Pf., im Ortsverkehr über 20 bis 250 Gramm (10) **15** Pf., über 250 bis 500 Gramm (15) **20** Pf.; im Fernverkehr bis 20 Gramm (10) **15** Pf., über 20 bis 250 Gramm (20) **30** Pf., über 250 bis 500 Gramm (30) **40** Pf.

Postkarten im Ortsverkehr (3) 5 Pf., im Fernverkehr (5) **10** Pf.

Drucksachen bis 50 Gramm (Volldrucksachen) (3) **5** Pf. (Teildrucksachen) (5) **5** Pf., Teil- und Volldrucksachen über 50 bis 100 Gramm (5) **10** Pf., über 100 bis 250 Gramm (10) **15** Pf., über 250 bis 500 Gramm (20) **30** Pf., über 500 bis 1000 Gramm (30) **40** Pf., über 1 Kilogramm bis 2 Kilogramm (30) fällt fort. Meßgewicht künftig 1 Kilogramm.

Blindenschriftsendungen (bisher 3 Pf.) neue Gebühr 5 Pf.

Geschäftspapiere bis 250 Gramm (10) **15** Pf., über 250 bis 500 Gramm (20) **30** Pf., über 500 bis 1000 Gramm (30) **40** Pf.

Warenproben bis 250 Gramm (10) **15** Pf., über 250 bis 500 Gramm (20) **30** Pf.

Pakete in der 1. Zone bis 75 Kilometer 5 Kilogramm (40) **50** Pf., steigend um je 10 Pf. für 1 Kilogramm gegenüber der bisherigen Gebühr; in der 2. Zone über 75 bis 375 Kilometer bis 5 Kilogramm (50) **60** Pf.; in der 3. Zone über 375 bis 750 Kilometer bis 5 Kilogramm (80) **80** Pf.; in der 4. Zone über 750 Kilometer bis 5 Kilogramm (80) **100** Pf.

Nachnahmegebühren (Vorzeigegebühr) (bisher 10 Pf.) neue Gebühr **20** Pf.

Einzustellgebühren für Briefe (Ortsbezirk) (30) **40** Pf., (Landbezirk) (60) **80** Pf.; für Pakete (Ortsbezirk) (50) **80** Pf., (Landbezirk) (100) **120** Pf.

Postanweisungen bis 25 Mark (20) **30** Pf., über 25 bis 100 Mark (40) **40** Pf., über 100 bis 250 Mark (60) **50** Pf., über 250 bis 500 Mark (80) **60** Pf., über 500 bis 750 Mark (120) **80** Pf., über 750 bis 1000 Mark (160) **100** Pf.

Telegramme Inlandstelegramme per Wort im Ortsverkehr (5) **8** Pf., im Fernverkehr (10) **15** Pf.

Zahlkarten bis 25 Mark (10) **15** Pf., von mehr als 25 bis 100 Mark (15) **20** Pf., von mehr als 100 bis 250 Mark (20) **25** Pf., von mehr als 250 bis 1000 Mark unverändert.

Gebühr für dringende Pakete (bisher die dreifache Paketgebühr) neue Gebühr **100** Pf.

Versicherungen (Versicherungsgebühr) (5) **10** Pf., (mindestens) (10) (—).

Beförderung der Postscheckbriefe bei Verwendung der besonderen Briefumschläge (—) **5** Pf.

Ueberweisungen für jede Ueberweisung von einem Postscheckkonto auf ein anderes (—) **10** Pf.

Diese unerhörte Verteuerung dieser Gebühren stellt eine Massenbelastung dar, die den Bürgerblock und seine Regierung charakterisiert. Auch diese neue Ausbeutung die dieses besonders die kleinen Geschäftsleute trifft, müssen diese durch festeren Zusammenschluß mit der Arbeiterschaft im Kampfe gegen den Bürgerblock bekämpfen. Ein Schritt hierzu ist die Teilnahme am kommenden

Landesausschuß der Werktätigen!

Rundfunk

Dienstag, den 17. Mai:

16,30–17,30 Uhr: Nachmittagskonzert des Dresdner Streichquartetts (die Herren Fritzsche, Schneider, Riphahn, Kropholler).
17,30–18 Uhr: Frauenfunk. Franziska Liefmann-Dresden: „Elsa Brandström, die schwedische Wohltäterin."
18,05–18,30 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt.
18,30–18,55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. G. van Eyseren und C. M. Alfieri: Spanisch für Anfänger.
19–19,30 Uhr: Vortragsreihe: „Vortämpfer der deutschen Sozialpolitik." Letzter Vortrag. Dr. Karl C. Thalheim: Adolf Wagner, Lujo Brentano und der sogenannte Katheder-Sozialismus."
19,30–20 Uhr: Dr. Heuß: J. S. Bachs „Kunst der Fuge."
20 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe.
20,15 Uhr: Orchesterkonzert. Dirigent: Dr. F. K. Duske. Solist: Franz Neander (Violine).
22 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
22,15–24 Uhr: Tanzmusik. Das Mohner-Orchester.

Arbeiter-Radiobund Deutschlands e. V., Ortsgr. Heidenau u. Umg. Montag, den 16. Mai, 19 Uhr 30 Min.: Bastelabend mit Vortrag im Restaurant zum Ratskeller, Heidenau. Alle Mitglieder werden dazu erwartet. Alle Radiofreunde und -hörer sind dazu freundlichst eingeladen. Der Gesamtvorstand.

Wetterdienst für den 16. und 17. Mai. Warm, wolkig bis zeitweise heiter. In den Morgenstunden Neigung zu Dunst- oder Nebelbildung, örtlich vorübergehender geringer Regen nicht ausgeschlossen.

Wo müssen wir anpacken ...?

Pirna. In der Nr. 111 der Pirn. Volkszeitung vom 13. Mai gibt die SPD einen interessanten Aufschluß über den Erfolg ihrer Werbetätigkeit. Für Ostsachsen 4200 neue Parteimitglieder und 3300 neue Zeitungsleser; für den Pirnaer Unterbezirk werden allein 200 Mitglieder und 230 Leser gemeldet. Beurteilt man das Ergebnis nur nach dem Besuch ihrer Veranstaltungen (selbst wenn „Kanonen" da sind) und nach der ständigen Abnahme ihrer Stimmen bei all den Wahlen seit 1920 bis zur Landtagswahl 1926, so ist man leicht geneigt, ihren angeblichen Erfolg als etwas protzig anzusprechen. Noch verwunderlicher ist er, wenn man weiß — und jeder klardenkende Arbeiter ist mit uns darüber einig —, daß die SPD mit ihrer Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik gerade der Arbeiterschaft schweren Schaden zugefügt hat. Hieraus erklärt sich ja auch das Schwinden ihres Ansehens bei den Arbeitern im allgemeinen, sowie der ständige Stimmenrückgang bei all den Wahlen und die ständige Abnahme ihrer Leser ganz besonders in den ländlichen Orten. Gerade auf dem Lande hat die SPD durch ihre Bankrottpolitik eine große Verwirrung unter der Arbeiterschaft angerichtet. Die überaus große Stimmenthaltung ist das Ergebnis der Verwirrung und hat zur Festigung des Bürgertums wesentlich mit beigetragen. In den Industrieortschaften ist die SPD bei den aktiven Teilen der Arbeiterschaft schon längst „durch die Toppe", auf dem Lande infolge der organisatorischen Schwäche der Kommunisten gelingt es ihr noch ab und zu, die Arbeiterschaft zwar wankelmütig zu halten, aber auch hier nimmt ihr Einfluß ständig ab.

Das Bürgertum ist vorläufig noch der Nutznießer der Zerfahrenheit unter der Landbevölkerung.

Seine Macht ruht jedoch auch auf schwachen Füßen, um so mehr, wenn sich jeder Kommunist und mit uns jeder sympathisierende Arbeiter der nötigen Aufklärungsarbeit unterzieht. Nehmen wir einmal als Beispiel das Ergebnis der Landtagswahlen vom Jahre 1926 etwas näher unter die Lupe und ziehen wir daraus

für unsere Werbekampagne die praktische Nutzanwendung,

dann dürfte dem frechen und brutalen Unternehmertum, dem tyrannisierenden Bürgertum und seinem Sprachrohr, dem Pirnaer Anzeiger, baldigst der Atem knapp werden. Vor allem diese Tatsache, nebenbei auch der „Erfolg" der SPD mit, muß uns als Ansporn für unsere intensivere Werbearbeit dienen. Wer hier zur Seite steht, hilft seinem Gegner die Macht festigen und verlängert damit die Leiden seiner Klassengenossen.

Betrachten wir das Wahlergebnis von 1926; es ergibt sich in Verbindung mit den Pflichtversicherten in der Amtshauptmannschaft Pirna folgendes interessante Bild. Wir zählen:

a) 87 437 Wahlberechtigte, 60 691 gültige Stimmen, 26 746, davon sind 2272 ungültige Stimmen, 24 474 Nichtwähler.

b) 42 533 Pflichtmitglieder der Krankenkassen, aber nur 30 752 Arbeiterstimmen, sind also 11 781 Nichtwähler.

c) 87 437 Wahlberechtigte, 42 533 Pflichtmitglieder, verbleiben 44 904 Personen über 21 Jahre, 29 939 bürgerliche Stimmen, 14 965 Nichtwähler.

d) Ziehen wir also zusammen: unter b) 11 781 Nichtwähler, unter c) 14 965 Nichtwähler, ergibt 26 746, also die Zahl der Nichtwähler und ungültigen Stimmen wie unter a) angegeben.

Betrachten wir diese Zahlen im Vergleich mit dem Erfolg der SPD, so ergibt sich für uns als Kommunisten ein ungefähres Bild für unsere zukünftige Aufklärungsarbeit ganz von selbst. Auf der anderen Seite aber — und das ist für uns die Hauptsache — ersehen wir, wie gerade das Bürgertum fundiert ist.

Das Heer der Nichtwähler stellt ihnen das Rückgrat.

Sie können sich daher auch in den Augen noch sehr vieler Arbeiter als „legale" Herrscher über die übergroße Zahl der Werktätigen aufspielen.

Dies ist der Stützpunkt des Pirnaer Anzeigers

und zugleich für die hoch hinaus wollende Reaktion in unserem Bezirk. Dies gilt es besonders bei unserer Werbekampagne zu beachten und allen Werktätigen, die aus diesem Elend heraus wollen, vor Augen zu führen. Zwar schaffen wir es nicht mit einer Kampagne, aber planmäßig und sicher muß es vorangehen; besonders

wenn jeder Genosse seine Pflicht erfüllt,

wird es bald möglich sein, die Freiheiten des Bürgertums und ihrer Schmarotzer abzuschütteln und über kurz oder lang den Garaus zu machen. Angesichts der anmaßenden, majorisierenden Haltung der Reaktion ist es wirklich höchste Zeit, daß sich jeder Genosse sich seiner Pflicht bewußt wird und an der Aufrichtung der roten Klassenfront mit Hand anlegt und tätiger wird.

Nur durch die Mitarbeit aller Genossen und mit uns Sympathisierenden werden wir in den Stand gesetzt, unsere immense Arbeit zu leisten, die erforderlich ist, um dem reaktionären Bürgertum und seinen Helfershelfern den Halt unter den Füßen zu entziehen.

> **Auch hier hilft uns kein höheres Wesen,**
> **Kein Gott, kein Kaiser noch Tribun,**
> **Uns aus dem Elend zu erlösen,**
> **Können wir nur selber tun.**

Die Arbeiteresperantisten gegen die Ausweisung von Soermus

Distriktkonferenz der Arbeiteresperantisten in Pirna-Neundorf. Am 8. Mai fand eine gutbesuchte Konferenz des Distriktes der Arbeiteresperantisten im Hotel Gottleubatal statt. Der Arbeitergesangverein Pirna-N. erfreute durch die Darbietung dreier Lieder die Teilnehmer. Dem Gesang folgte die Begrüßung der Vertreter aus verschiedenen Organisationen: SPD Pirna-N., Freie Turner, Freie Sänger, Radfahrer Solidarität und Rote Hilfe Bez. Ostsachsen, als auch die Vorstände des Esperantobundes, Genossen Hempel und Baßler, Leipzig. Aus dem nun folgenden Arbeitsbericht konnte man die erfolgreiche Arbeit des Genossen Koderitz erkennen. Nach dem Arbeitsbericht erfolgte eine Begrüßung der Anwesenden durch den Bundesvorsitzenden Genossen Hempel, Leipzig, welcher für die erfolgreiche Arbeit dankte. Darauf begann Genosse Baßler, Leipzig, sein Referat. Er schilderte kurz die Entwicklung des Esperanto, welches in diesem Jahre sein 40jähriges Bestehen feiern kann. An Hand der Erfahrungen zeigte er, wie notwendig es gerade in jetziger Zeit ist, sich dem Esperanto zu widmen. Unter anderem wies er auf die Bedeutung der Weltvereinigung der Arbeiteresperantisten hin. Nicht Vereinsmeierei soll Esperanto sein, sondern das Kampfmittel zur internationalen Verständigung und Verbrüderung. Am Schlusse seiner Ausführungen bezeugten die Anwesenden durch lebhaften Beifall ihr Interesse. Mit dem Liede „Brüder zur Sonne" in Esperanto begann der dritte Punkt der Tagesordnung. Auch dieser wurde schnell erledigt. Es wurde folgende Resolution eingebracht und einstimmig angenommen:

Die am 8. 5. stattgefundene Distriktkonferenz in Pirna-Neundorf der Arbeiteresperantisten protestiert aufs schärfste gegen die Ausweisung des Geigers Soermus. Die Ausweisung erfolgt angeblich wegen politischer Propaganda, obwohl Soermus nichts weiter getan hat, als seine Lieder zu erklären. Wir fordern deshalb sofortige Aufhebung der Ausweisung.

Der Vorstand wurde beauftragt, die Resolution an die Regierung, an die SPD- und KPD-Fraktion weiterzuleiten. Mit dem Gesang der Internationale in Esperanto schloß die Konferenz.

Sportlust Hartha—Waldheim 4:1. Helvetia Böhrigen—Kalkreut—Seifersbach 6:1.

Bezirk Zwickau. Kirchberg—Schedewitz 2:3. Reinsdorf—Bielau 2:2. Oberhohndorf—Rhoderhaslau 1:4. Cainsdorf—Planitz 2:2. Vorwärts Neukirchen—Wilkau 0:4. Wacker Crimmitschau—Werdau 9:1. Fortuna Marienthal—Zwickau 2:1.

Bezirk Erzgebirge. Vorwärts Ehrenfriedersdorf—Union Geyer 1:3. Auerbach—Ring Weinersdorf 3:0. Fortuna Schönheide—Eintracht Bermsgrün 2:0.

Bezirk Plauen. Wacker Plauen—Eintracht 1:2. Sport- und Spielvereinigung 21—Vorwärts-Süd Plauen 1:2. Plauener Sportverein—Spielvereinigung 23 Oelsnitz 3:2. Guts Muts Auerbach—Crieschwitz 1:0.

Bezirk Burgstädt-Limbach. Frischauf Burgstädt—Falke Rußdorf 3:2. Taura—Jahn Hartmannsdorf 5:1. Claußnitz—Germania Limbach 2:1. Obertrebna—Ring Penig 1:0. Pleißa—Spielvereinigung Euba 4:3.

Bezirk Oberlausitz. Reichenau 1—Rumburg 1 2:2. Reichenau 2—Rumburg 2 1:1. Löbau 2—Ebersdorf 1 7:2. Reichenau 1—Olbersdorf 2 0:2. Bautzen 1. Jgd.—Großdubrau 1. Jgd. 7:1. Taubenheim 1. Jgd.—Lawalde 1. Jgd. 2:2. Reichenau 2. Jgd.—Olbersdorf 1. Jgd. 1:0.

Turnspiele

Die **Leipziger Stadtspiele** nahmen folgenden Verlauf:

Handball: Leipzig—Berlin 9:0.

Das verwöhnte Leipziger Publikum wurde **nicht** ganz befriedigt. Die Berliner Vertretung war im Können der Leipziger nicht gewachsen. Im technischen Aufbau der Angriffe, in der Abwehrarbeit und im Einzelspiel, sowie vor allem im Torschuß war Leipzig weit überlegen. Ein Versager war der Torhüter der Berliner.

Faustball: Leipzig—Zwickau 13:2

Der Anfang war recht verheißungsvoll. Ein scharfes Tempo mit guten Leistungen wurde angeschlagen. Das Zusammenspiel war flüssig, geschickt die Angriffe. So behauptete sich Zwickau in der ersten Halbzeit gut. In der zweiten Halbzeit fehlte ihr Mitspielern das System der Spielerfahrenen, und so konnte Leipzig infolge des schußfreudigen Sturmes diesen überzeugenden Sieg erringen. Trotz ungünstiger Witterung ca. 1000 Zuschauer. 15.

Aus dem Kreisgebiet

Auch die Turnspieler streben danach, in der Presse ein Spiegelbild ihres ausgedehnten Spielbetriebes zu geben. In diesem Zwecke werden ab 16. Mai auf dem Wege über den ... ihre wichtigsten Berichte und Resultate in der gesamten sächsischen Arbeiterpresse erscheinen. Die Leser unseres Sportteils werden dies sicher als einen Fortschritt begrüßen.

Bezirk Leipzig. Faustball: Taucha—Schönefeld 3:3. Plenwitz—Liebertwolkwitz 4:2. Lindenau—Gautzsch 1:6. Wachau—Leutzsch 2:2. Wahren—Kleinzschocher 2:8. **Hocken:** Paunsdorf—Ostvorstadt 1:0.

Bezirk Chemnitz. Faustball: Rottluffdorf—Gablenz 1:2. Jahn—Reichenbrand 4:4. Schloß—Glösa 2:2. Furth—Nord 4:. Rottluff—Hilbersdorf 6:6. Ebersdorf—Hartha (5. Bez.) 3:2.

Bezirk Plauen. Faustball: Plauener Sportverein—Arbeiterbrüderschaft Falkenstein 1:0. Freie Schwimmer Plauen—Haselbrunn 2:4. Eiche 3. Abt.—Eiche 5. Abt. 0:2. Haselbrunn Spielerinnen—Falkenstein Spielerinnen 1:1.

Bez. Plauenscher Grund. Faustball. Niederhäslich—Friedrichstadt 2. Bezirk 8:1. Döhlen—Oberpesterwitz 4:3. Coßmannsdorf—Riesa 8:1. Tharandt—Tharandt 6:1. Löbtau Spielerinnen—Coßebaude Spielerinnen 6:0.

Turnspieler Oberes Elbtal. Sämtliche Zuschriften in der Zeit vom 15. bis 29. Mai sind nicht, wie im SAS bekanntgegeben, an Gen. Liske, sondern an Gen. Hans Engel, Zschachwitz, Wiesenstraße 5, zu richten. Am 22. Mai findet in Zschachwitz der Bezirksspieltag statt. Die Spielpläne gehen den Vereinen noch zu. Dr.

Touristenverein „Die Naturfreunde", Zittau. Beginn der Wanderführerkursus Montag, den 16. Mai, bei Gen. Otto Lange im Schreberggarten, Eingang Sedanstraße, Ecke Partscher Straße.

Das Fest der Dresdner Turn- und Sportvereine.

Die 1. Gruppe vom Dresdner Bezirk im Arbeiter-Turn- und Sportbund hat sich entschlossen, ein größeres Turn- und Sportfest zu veranstalten. Das Fest soll der Auftakt für das 1928 in Dresden stattfindende Kreisfest sein. Es wird für das Kreisfest von großem Vorteil sein, wenn ein Verband, wie die 1. Gruppe (Dresden), mit 17 Vereinen seine Mannschaften vorher einmal auf den Plan ruft. Alljährlich feiern die starken Vereine Turnfeste, Volksfeste mit großem Erfolg. Da muß es am 19. Juni, wenn alle Dresdner Turn- und Sportvereine aufmarschieren, ebenfalls einen Erfolg geben. In den Betrieben, Werkstätten, auf allen Arbeitsplätzen ist lebhaft für das Turn- und Sportfest auf den Kaditzer Sportwiesen zu werben. P. Jr.

Arbeitersport

Die Fahrt beginnt!

Heute abend 17,57 Uhr treten die nach Rußland fahrenden Fußballer ab Leipziger Hauptbahnhof ihre Fahrt an. Damit verläßt die Sachsenmannschaft heimatlichen Boden, um den im Vorjahre bei uns gewesenen russischen Fußballern einen vierwöchigen Gegenbesuch abzustatten. Sie hat die über alles schwere Aufgabe, unsere damals erlittenen Niederlagen durch ehrenvollere Ergebnisse aus der Welt zu schaffen. Wir können in keiner Weise voraussehen, wie sich der sportliche Erfolg der Rußlandfahrt gestalten wird, da wir nicht wissen, ob unseren Leuten die gleiche Spielstärke gegenüberstehen wird als damals. Wir hoffen aber, daß es unseren Auserwählten gelingen wird, das Ansehen des deutschen Arbeiterfußballsportes in jeder Beziehung zu fördern. Deshalb begleiten die Mannschaft herzlichste Glückwünsche aller daheimbleibenden Freunde und Gönner des Arbeitersportes, die alle mit Spannung der aus Rußland zu erwartenden Nachrichten entgegensehen. fzd.

Anmerkung der Redaktion: Wir betonen nochmals, daß wir mit Sonderberichten über die Fahrt aufwarten werden.

Fußballsport vom Sonntag

In Berlin weilte die Wiener Städteelf und gewann überzeugend 4:2.

Der VfL Leipzig-Stötteritz spielte in Braunschweig gegen die Freien Turner und unterlag mit 0:3.

1. Klasse:

DSV 10—Wilschdorf 4:2 (3:1).
Radeberg—Pirna 3:2.
Cotta—Pieschen 2:2 (0:2).
Löbtau—Riesa 4:1 (2:1).
Sportverein 01—Spielvereinigung 02 1:3 (1:1).
Helios—Döbeln 7:0 (3:0).

2. Klasse:

Weißig—Fortschritt 0:2 (0:6). Friedrichstadt—Birkigt 4:2 (2:1). Eintracht—VfB 12 3:0 (1:0). Sportverein 09—Kötzschenbroda 4:1 (2:0).

(Da kein Bericht eingetroffen, nur auf private Mitteilung gestützt!)

Ueber die am 15. Mai stattgefundenen Bezirksspiele gingen uns folgende Berichte zu:

In der **Oberlausitz** spielte eine **Dresdner Elf** gegen die dortige Bezirksmannschaft zwei Spiele, die folgenden Ausgang nahmen:

14. Mai (Sonnabend) Oberlausitz gegen Dresden (in Zittau) 1:5 (1:2).
15. Mai (Sonntag) Oberlausitz gegen Dresden (in Bautzen) 2:4 (1:2).

In beiden Spielen erwies sich die Dresdner Elf als die technisch bessere, zumal die Zusammenstellung der Oberlausitzer Vertretung etliche Versager aufzuweisen hatte. Der Besuch war bei beiden Spielen unerwartet gering.

In **Zschopau** stand dem **Bezirk Erzgebirge** eine Chemnitzer Bezirkself, die aber nur acht Mann stark erschienen war, gegenüber. Der Verein Zschopau mußte die Mannschaft auffüllen. Das Spiel endete 1:1 (1:0).

Die **Riesaer Bezirksmannschaft** spielte gegen den **Sportverein Glaubitz** und unterlag diesem 1:2 (0:0). Die Glaubitzer **Mannschaft** war jederzeit überlegen, dagegen fand sich die Bezirkself nie recht zusammen. Trotz des Spielverbotes waren recht wenig Zuschauer erschienen.

Ergebnisse aus dem Kreise

Bezirk Leipzig. Schkeuditz—Preußen Mockau 1:4. Amateure 04—Lindenau 1:1. Oetzsch—Großzschocher 1:2. Normannia 01—Schönau 1:5. Eilenburg—West 03 3:3. Viktoria 06—Plagwitz 2:0.

Bezirk Chemnitz. VfL Meerane—Schönau 4:2. Freien Rabenstein—Rapid 5:0. Sachsen—Wacker 11 3:2. Sturm Frankenberg—Vorwärts 1:0. Fortuna—Ring 4:3. Konkordia—Borna 5:1. Cario—Allgem. Sportverein 0:5. Jahnsdorf—Altenhain 6:2.

Bezirk Oberlausitz. Reichenau—Rumburg (Tschechoslow.) 2:2.

Bezirk Mittweida. Rosensport Döbeln—Pohanten (Tschechoslowakei) 7:2. Jahn Mittweida—Sturm Geringswalde 9:0.

Die Irrfahrten des Odysseus,

die uns der alte Homer so prächtig erzählt, werden immer die Menschen bewegen, so lange noch Leidenschaften in ihnen schlummern. Furchtbare Jahrzehnte waren infolge des Krieges über Troja hereingebrochen, das schließlich dem ungestümen Ansturm und der List der Griechen erlag. Wie freute sich Odysseus, dieser tapfere und kluge Krieger, auf die Heimkehr und auf seine schon so lange entbehrte

Greiling-Schwarz-Weiß zu 4 ₰

die er noch zu Hause bewahrte, denn schon längst waren die Marketendereien ohne diese vorzügliche Zigarette, die eine Lebens- und Kulturfrage der Griechen geworden war. — Aber noch hatte Odysseus seine ihm vom Schicksal vorbestimmten Gefahren und Abenteuer zu überstehen. Seit jener Zeit ist es für alle Odysseuse, für alle Starken und Großen eine Selbstverständlichkeit, sich niemals ohne die wohlbekömmliche und anregende Greiling-Schwarz-Weiß auf stürmische Lebensfahrt zu begeben, um nicht vom Schicksal überlistet zu werden.

SLUB
Wir führen Wissen.

Es kracht in der Sozialistischen Arbeiterjugend

Die Gegensätze zwischen den proletarischen Mitgliedermassen und der verbürgerlichten Leitung der SAJ nehmen immer schärfere Formen an, erfassen immer größere Teile der SAJ. Vergeblich ist das Bemühen der „Jugendführer" vom Schlage Westphal und Ollenhauer, die gesamte Oppositionsbewegung als „kommunistische Spitzel" hinzustellen.

Auf den Krach in Berlin folgt der in Leipzig. Sechzehn Gruppen des Bezirks Westsachsen solidarisierten sich mit der Berliner Opposition und verlangten die Rücknahme der Ausschlüsse. Auf der am 24. 4. stattgefundenen außerordentlichen Bezirkskonferenz gelang es nach langer Vorbereitung dem Jugendsekretär Schröder, gestützt auf die „linken" sächsischen Parteiführer, eine Mehrheit von nur 19 Stimmen (77 gegen 58) für den Ausschluß des Bezirksleiters Otto und des Leipziger Unterbezirksleiters Espenhain zu erlangen. Das Ergebnis der Abstimmung hatte die Spaltung der Konferenz zur Folge. Die Vertreter von über 20 Gruppen verließen sie mit dem größten Teil der Gäste und erklärten, diese Beschlüsse nicht anzuerkennen, sondern die Ausgeschlossenen weiter als Mitglieder und Funktionäre der SAJ betrachten zu wollen. Schröder, der natürlich nicht nahezu die Hälfte der gesamten Organisation auf einmal ausschließen kann, ließ von dem Rest der Delegierten eine Entschließung annehmen, die vollkommene Unterwerfung der oppositionellen Gruppen verlangte, andernfalls sie sich als ausgeschlossen betrachten könnten. Als Druckmittel drohte er mit der Entziehung der Fahrpreisermäßigung und des Rechtes der Benutzung von Jugendheimen und -herbergen.

Aber auch diese Androhungen wirtschaftlicher Terrormaßnahmen erreichten nicht ihren Zweck. Die revolutionäre Arbeiteropposition in der SAJ und SPD Westsachsens ist sich ihrer Verantwortung dem sächsischen Proletariat gegenüber bewußt, daß der auf politischen Gegensätzen beruhende Streit in den sozialdemokratischen Organisationen nicht eine Angelegenheit nur der Mitglieder ist. Diese zahlenmäßig stärksten Organisationen antworten jetzt auf das Ultimatum mit der Einberufung einer öffentlichen Versammlung. In dem dazu erlassenen Aufruf, der von sechs Funktionären der SPD und SAJ unterzeichnet ist, heißt es:

„Die proletarische Opposition in beiden Organisationen wird nicht nur von den reformistischen Hauptvorständen, sondern neuerdings auch von den der Leipziger Arbeiterschaft als „linke" Sozialdemokraten bekannten Führern Saupe, Lipinski, Schrörs, Frenzel und anderen bekämpft und verleumdet ...

Um der Leipziger Arbeiterschaft und den SPD-Genossen gerechterweise auch die angegriffene Seite hören zu lassen, berufen die unterzeichneten SPD-Funktionäre und SPD-Mitglieder eine öffentliche Versammlung ..... ein.

Aber auf Berlin und Leipzig sind die Abspaltungsmaßnahmen nicht beschränkt geblieben. Es kracht auch im westfälischen Industriegebiet. So verlangten fünf Ortsgruppen des Unterbezirks Hagen der SAJ die Einberufung einer außerordentlichen Unterbezirkskonferenz, um zu den Vorgängen in der SAJ und zur Auseinandersetzung des Hauptvorstandes mit der Opposition Stellung zu nehmen. Trotzdem sie absolute Mehrheit im Unterbezirk sind (der ganze Unterbezirk zählt neun Gruppen), hat der Unterbezirks-Vorstand mit 5 gegen 2 Stimmen diese Forderung abgelehnt. Auf einer erweiterten Vorstandssitzung drohten die reformistischen Bürokraten mit Ausschluß aller Oppositionellen und lehnten gegen 5 Stimmen die Einberufung der geforderten Konferenz ebenfalls ab.

Trotz dieses Beschlusses riefen die fünf Gruppen eine außerordentliche Unterbezirkskonferenz zusammen, die auch von 17 Delegierten beschickt wurde. Der vom Vorstand in der Presse erlassene Warnruf: „Alle Mitglieder, die an dieser Konferenz teilnehmen, stellen sich außerhalb des Verbandes der SAJ" hatte also keinen Erfolg.

Die Konferenz solidarisierte sich mit der Leipziger und Berliner Opposition und stellte am Beispiel Leipzigs und Berlins fest, daß der Hauptvorstand zur Rettung seiner Machtposition gegen die revolutionäre Mitgliedschaft rücksichtslos die Spaltung der Organisation betreibe. In einer Protestresolution gegen den ihnen angedrohten Ausschluß sagen sie: „Wir bedauern auch heute, daß uns die Einheit der Organisation über alles geht, jedoch nicht über unsere revolutionäre Gesinnung."

Ein Zeichen für die Schärfe der bestehenden Gegensätze ist die Tatsache, daß eine provisorische Leitung gewählt wurde, die bis zur Verständigung mit dem Unterbezirksvorstand bestehen soll.

Aus der Tatsache, daß es die Hagener Oppositionellen für notwendig hielten, den Passus über ihren Willen zur Einheit der Organisation in die Resolution aufzunehmen, ist leicht zu ersehen, daß die Erkenntnis vom Zweck der organisatorischen Maßnahmen gegen jede Opposition in der breiten Mitgliedschaft wächst. Nicht wegen des angeblich statutenwidrigen Verhaltens werden Ausschlüsse, Maßregelungen usw. getroffen, sondern, um die proletarischen Mitglieder, die noch an ihrer Organisation hängen, zur Verleugnung ihrer revolutionären Gesinnung zu veranlassen.

Trotz Hetz, Ausschlußandrohung und versuchten wirtschaftlichen Terrors wächst der Wille zur Einheitsfront auch mit den Kommunisten. Zum gemeinsamen revolutionären Kampf für die Jugendforderungen. Er hat zu gemeinsamen Demonstrationen ganzer Organisationsteile der SAJ mit der KJ und zu immer stärkerer Beteiligung der SAJ-Genossen an revolutionären Kundgebungen des revolutionären Jungproletariats geführt. Seine letzte Formulierung erhält er in der Forderung der Hagener Unterbezirkskonferenz:

Sofortiger Austritt der SAJ aus dem Reichsausschuß der Deutschen Jugendverbände.

Bildung eines Reichsausschusses der arbeitenden Jugend, Bildung von Ortskartellen der arbeitenden Jugend mit Einschluß des KJV.

Gemeinsamer Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr. Solidarität mit dem revolutionären China. — Hände weg von Sowjetrußland!

An der Stellungnahme zu diesen Forderungen des revolutionären Jungproletariats werden allmählich alle Genossen der SAJ und SPD die offen konterrevolutionäre Rolle der rechten Vorstände erkennen. Das Leipziger Beispiel zeigt, daß sich bei ihr auch die verschleierten Reformisten, die „Linken" entlarven. Die gemeinsame Front des revolutionären Proletariats wird über alle Widerstände hinweg gebildet werden.

Lohn in Teelöffelraten

(Arbeiterkorrespondenz)

Bei der bekannten Firma Höntsch u. Co. in Niedersedlitz haben die Arbeiter und Angestellten am 5. Mai die Arbeit geschlossen niedergelegt. Es hat lange gedauert, bis sich die Belegschaft dieses Musterbetriebes zu einem solchen Schritt entschlossen hat. Die Verhältnisse, die bei der Firma Höntsch bestehen, wären längst dazu reif gewesen, daß die Arbeiter und Angestellten einmal mit etwas mehr Energie ihre Interessen gewahrt hätten. Die Zustände, die insbesondere in der Frage der Lohnzahlung bestanden, waren geradezu unerträglich. Es ist während der letzten zwei Jahre fast keine Woche vergangen, in der nicht den Arbeitern der kärgliche Lohn in Teelöffelraten zur Auszahlung gelangte. Jeden Tag gab es Abschlag, und an jedem Tage vertröstete Herr Höntsch die Belegschaft, daß am nächsten Tage der Rest gezahlt werden sollte. Wenn aber der Feierabend herankam, war von dem versprochenen Lohn nie etwas zu verspüren. Daß unter solchen Umständen die dort beschäftigten Arbeiter in schwerste Bedrängnis gerieten, braucht nicht zu verwundern. Die Frauen und Männer wußten nie, wann und ob sie überhaupt ihr Wirtschaftsgeld erhalten würden. Diese Uebelstände hatten zur Folge, daß auch die Familienverhältnisse schwer darunter leiden mußten. Letzten Endes wußte mancher Arbeiter nicht mehr, was er von dieser oder jener Woche noch an Lohnresten zu bekommen hatte.

Trotz intensiver und ununterbrochener Arbeit sind die Arbeiter unter solchen Verhältnissen heruntergekommen und verschuldet. Alle Bestrebungen und Verhandlungen, eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen, waren erfolglos. Herr Höntsch erklärte zwar, daß er bereit sei, zu zahlen, versprach auch die Löhne zu beschaffen und auszuzahlen, vertröstete die Arbeiter und gab gute Worte, den Betrieb aufrechtzuerhalten und die Arbeit fortzusetzen. Als Herr Höntsch aber seine Versprechungen nie einhielt, verweigerte endlich die Belegschaft, nachdem auch die Verhandlungen mit den Gewerkschaften nichts gefruchtet hatten, die Arbeit. Die Organisation forderte die Arbeiter auf, ihre Entlassung zu nehmen. Aber noch immer glaubte ein Teil der langjährig dort beschäftigten Arbeiter, sich ihre Arbeitsstelle erhalten zu können, aber auch sie zwang der knurrende Magen zu dem letzten Schritt.

Das Niedersedlitzer Stammwerk der Firma Höntsch war einst ein rentabler Betrieb. Eine Anzahl Tochterfirmen sind aus ihr hervorgegangen, so u. a. die Betriebe in Tetschen, Wien, Brod in Jugoslawien, Tientsin in China und Riga. Außerdem gehört dem Werk der große Herrensitz Gamig bei Dohna mitsamt dem Rittergut und außerdem eine Anzahl Privathäuser. Daß mit den bei der Firma Höntsch erzeugten Produkten Geld verdient wurde, beweist die Tatsache, daß die höheren Angestellten, auch wenn sie nicht Fachleute waren, nach ihrer Stellungsaufgabe sich in der gleichen Branche selbständig machten und Fabriken dieser Art gründeten.

Der geschlossene Kampf der Arbeiter dauerte allerdings nur 6 Tage. Dann aber hielten es die Angestellten nicht mehr aus, insbesondere diejenigen, die dem Deutschen Handlungsgehilfen-Verband angeschlossen waren, drängten mit aller Gewalt wieder an ihre Arbeitspulte. Sie wollten ihre teutsche Treue beweisen. Die Arbeiter aber kämpfen weiter, und manch einer, der seit 20 Jahren in diesem Betrieb geschuftet hat, zieht es heute vor, im Kampfe zu stehen oder stempeln zu gehen, als weiterhin in diesem Musterbetrieb bei der teelöffelweisen Bezahlung für schwere Arbeit sein kümmerliches Leben zu fristen.

Erfolg der Steinarbeiter-Opposition

Die reformistische Hochburg der SPD bei den Steinarbeitern in Demitz beginnt zu wanken. Das bestätigen die Delegiertenwahlen zum Verbandstag der Steinarbeiter, die jetzt stattgefunden haben. Das Ergebnis war eine Ueberraschung für die sozialdemokratische Ortsverwaltung. Es machten sich zwei Wahlgänge notwendig. Im ersten wurde ein Reformist gewählt, während der zweite sozialdemokratische Kandidat mit dem vorgeschlagenen Genossen der Opposition in Stichwahl kam. Die Stichwahl fand am 12. Mai in den Betrieben statt. Das Ergebnis war folgendes: Die Opposition vereinigte 819 Stimmen auf ihren Kandidaten, während der sozialdemokratische Vorschlag nur 769 Stimmen erhielt.

Der Sieg des Kandidaten der Opposition ist der Erfolg zäher und unermüdlicher Kleinarbeit unserer Genossen, der um so erfreulicher ist, da die Reformisten den gesamten Apparat der Gewerkschaftsorganisation in ihren Händen hatten und die Arbeit unter den Steinarbeitern besonders schwierig ist.

Das Ergebnis der Wahl zeigt den Reformisten, daß die Opposition im Steinarbeiterverband eine ernst zu nehmende Bewegung ist, die sich im ständigen Vormarsch befindet. Möge das Ergebnis der Wahl unsere Genossen anspornen, die Arbeit im bisherigen Sinne fortzusetzen und zu verstärken. Sie geben damit allen anderen Genossen ein Beispiel für gute kommunistische Arbeit in den Gewerkschaftsorganisationen.

Gegen die Ausschlußpraxis

Die Belegschaft des Neubaues Greiling, Zwickauer Straße, faßte in einer Versammlung eine Resolution, in der gegen das Verhalten der Baugewerkschaft Dresden schärfster Protest erhoben wird, weil sie die Forderung einer Anzahl Baustellen, eine Mitgliedervollversammlung einzuberufen, nicht beachtet. Die Belegschaft verlangt mit aller Entschiedenheit, daß in einer Mitgliedervollversammlung dem ausgeschlossenen Kollegen Füssel Gelegenheit gegeben wird, sich vor der gesamten Mitgliedschaft wegen der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zu verantworten.

Wie bereits gemeldet, besteht in der Rheinschiffahrt seit dem 1. 5. 27 ein tarifloser Zustand. Ermuntert durch die Untätigkeit der reformistischen Gewerkschaftsführer sind die Unternehmer in die Offensive übergegangen und veröffentlichen nachfolgenden Ukas: „Arbeitnehmer, die ihr Arbeitsverhältnis über den 13. 5. hinaus fortsetzen, geben dadurch ihr Einverständnis mit obiger Regelung!" (d. h. die Arbeit unter den alten Lohnbedingungen weiter zu verrichten.)

Weimar. Die Unternehmer der Thüringischen Glasinstrumenteindustrie haben den vor 14 Tagen gefällten Schiedsspruch über den Manteltarif abgelehnt, da sie die achtstündige Arbeitszeit, den festgelegten Urlaub und die Ueberstundenzuschläge für untragbar empfinden. Der Keramische Bund hat den Schiedsspruch angenommen.

Gleiwitz. In einer Versammlung der Zahlstelle des DMV Gleiwitz vom 7. 5. 27 wurde mit starker Entrüstung der für die oberschlesische Metall- und Hüttenindustrie gefällte Schiedsspruch abgelehnt. Obwohl der waschechte Amsterdamer Unterbezirksleiter Karger denselben zur Annahme empfohlen hatte. Die Versammlung nahm weiterhin noch eine Entschließung einstimmig an, die gegen die Unterdrückung der Kolonialvölker durch die imperialistischen Mächte protestiert und den chinesischen Freiheitskämpfern die vollste Sympathie versichert.

Dortmund. Ueber den am 12. 5. 27 gefällten Lohnschiedsspruch für die staatlichen Schleppämter Hannover und Duisburg-Ruhrort über eine Wochenlohnerhöhung von 2,50 Mark für Duisburg-Ruhrort und 3 Mark für Hannover, hat der Deutsche Verkehrsbund und der Zentralverband der Maschinisten und Heizer Versammlungen einberufen, um dort über die Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches entscheiden zu lassen.

Saarbrücken. Mitten in den von glänzendem Kampfgeist erfüllten Streik der Metallarbeiter, der weiterverarbeitenden Eisenindustrie der Saar ordneten die Führer der Gewerkschaften eine Abstimmung unter den Belegschaften über die Fortsetzung des Streiks oder Wiederaufnahme der Arbeit an. Die damit beabsichtigte Wirkung einer Senkung des Kampfelans der Belegschaften zu erreichen, ist tatsächlich eingetreten, indem von 8759 Abstimmenden 3451 Arbeiter sich mit einem 10prozentigen Lohnabbau einverstanden erklärten. Unter den Arbeitern hat sich begreiflicherweise eine heftige Erbitterung gegen diese reformistischen Machinationen breitgemacht.

Gewerkschafts-Versammlungen

Bund der technischen Angestellten und Beamten, Ortsverwaltung Dresden. Vollversammlung am Dienstag, den 14. Mai, abends 7.30 Uhr im Stadtwaldschlößchen, Dresden-A., Postplatz. Referent: Herr Dr. Lenser vom Wohnungsamt Dresden, über: Wohnungsnot und deren Beseitigung. Der Vorstand erwartet restlosen Besuch.

Achtung Fabrikarbeiter. Am Mittwoch, den 18. Mai, abends 7.30 Uhr findet im Restaurant Findeisen, Theaterstraße, gegenüber dem Stadthaus, eine Zusammenkunft aller Fabrikarbeiter statt. Alle Genossen werden ersucht, bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Die Gewerkschaftsleiter der Stadtteile sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Genossen ihres Bereiches an ihrer Sitzung teilnehmen.

Verantwortlich für den Dresdner und Ostsachsenteil: Bruno Goldhammer, Dresden; für den gesamten übrigen Inhalt: Rudolf Renner, Dresden — Druck: „Peuvag" Druckerei-Filiale Dresden

Abenteurer des Schienenstranges

Von Jack London

(5. Fortsetzung.)

Aber ich habe folgendes über die „schlechten" Linien gehört: Wenn ein Vagabund „nach unten gegangen" ist und der Zug sich in Bewegung gesetzt hat, gibt es offenbar keine Möglichkeit mehr, ihn zu vertreiben, ehe der Zug hält. Der Landstreicher, der bequem, von den vier Rädern und dem ganzen Rahmen umgeben, auf dem Wagengestell liegt, hat das Personal hinters Licht geführt — oder er glaubt es wenigstens, bis er eines Tages mal auf einer „schlechten" Linie fährt. Eine schlechte Linie ist in der Regel eine Eisenbahn, auf der vor kurzem einer oder mehrere Beamte von Vagabunden totgeschlagen worden sind. Gnade Gott dem Landstreicher, der auf einer solchen Linie unter dem Wagen gefaßt wird — denn gefaßt wird er, und wenn der Zug sechzig Meilen in der Stunde macht. Der Bremser nimmt einen Koppelungsbolzen und eine Signalschnur und geht auf die Plattform vor dem Wagen, unter dem der Vagabund hängt. Dann bindet er den Bolzen an die Schnur, läßt den Apparat zwischen die Plattform fallen und wirft die Leine aus. Der Bolzen schlägt auf die Schwellen zwischen den Schienen, springt zurück gegen den Wagenboden und schlägt dann wieder gegen die Schwellen. Der Bremser läßt die Schnur hin und zurück, bald nach der einen, bald nach der anderen Seite laufen, läßt ein wenig nach, holt wieder ein, so daß seine Waffe Gelegenheit zu jeder Art Stoß und Rückschlag erhält. Jeder Schlag des tanzenden Bolzens kann den Tod bringen, und bei einer Fahrt von sechzig Meilen in der Stunde trommelt er einen reinen Zapfenstreich des Todes. Am nächsten Tage findet man die Ueberreste des Landstreichers am Bahnkörper, und eine Zeile im Lokalblatt berichtet von dem Unbekannten, zweifellos einem Vagabunden, der vermutlich betrunken und wahrscheinlich auf dem Gleis eingeschlafen war.

Als ein charakteristisches Beispiel, wie ein gewandter Vagabund „anhängen" kann, möchte ich folgende Begebenheit erzählen: Ich war in Ottawa und wollte mit der Kanada-Pazifikbahn nach dem Westen. Eine Fahrt von dreitausend Meilen lag vor mir; es war Herbst, und ich mußte über Manitoba und die Rocky Mountains. Kaltes Wetter war zu erwarten, und der geringste Aufschub hätte die Reise nur noch kälter und beschwerlicher gemacht. Dazu kam, daß ich schlechter Laune war. Die Entfernung zwischen Montreal und Ottawa beträgt hundertundzwanzig Meilen. Das mußte ich wohl wissen, denn ich hatte eben die Strecke zurückgelegt und sechs Tage dazu gebraucht. Durch ein Versehen war ich von der Hauptstrecke abgeirrt und auf eine kleine Seitenlinie gekommen, auf der nur zwei Lokalzüge täglich verkehrten. Und die sechs Tage hatte ich von trockenem Brot gelebt, das ich, nicht einmal reichlich, von den französischen Bauern erbettelt hatte.

Mein Aerger wuchs noch, weil ich den ganzen Tag, den ich in Ottawa verbrachte, herumlaufen mußte, um mir Kleidung für die lange Reise zu verschaffen. Ich möchte hier einschieben, daß Ottawa mit einer einzigen Ausnahme die Stadt in den Vereinigten Staaten ist, wo es am schwersten ist, sich Kleidung zu erbetteln; die eine Ausnahme ist Washington. Diese schöne Stadt ist der Höhepunkt. Dort verbrachte ich einmal vierzehn Tage mit vergeblichen Versuchen, mir ein Paar Schuhe zu erbetteln, und schließlich mußte ich nach Jersey City reisen, ehe ich sie bekam.

Doch zurück nach Ottawa. Pünktlich um acht Uhr morgens begann meine Kleiderjagd. Ich arbeitete energisch den ganzen Tag. Ich schwöre, daß ich vierzig Meilen lief. Ich besuchte tausend Hausfrauen und nahm mir nicht einmal die Zeit, um Mittagessen zu fechten. Und um sechs Uhr nachmittags, nach zehn Stunden unablässiger, harter Arbeit, fehlte mir noch ein Hemd, während die Hosen, die ich endlich ergattert hatte, zu eng waren und dazu alle Anzeichen einer baldigen Auflösung trugen.

Um sechs Uhr stellte ich die Arbeit ein und lenkte auf das Eisenbahngelände los, in der Erwartung, unterwegs etwas zu essen zu bekommen. Aber ich war immer noch vom Unglück verfolgt. In einem Haus nach dem andern wurde ich abgewiesen. Endlich bekam ich ein „Futterpaket". Meine Laune besserte sich gleich, denn es war das größte Futterpaket, das ich je in meinem langen, ereignisvollen Leben gesehen hatte. Es war in Zeitungspapier gewickelt und so groß wie ein ausgewachsener Handkoffer. Ich machte, daß ich auf ein unbebautes Grundstück kam und öffnete es. Das erste, was ich sah, war Kuchen, immer mehr Kuchen, alle Arten Kuchen und wieder Kuchen. Es war alles Kuchen. Kein Butterbrot mit ordentlichen Fleischstücken — nichts als Kuchen, und ich verabscheue auf der ganzen Welt nichts so sehr wie Kuchen! In einem andern Zeitalter und unter einem andern Himmelsstrich setzte das Volk sich an die Wasser Babylons und weinte. Ich aber setzte mich auf einen Baugrund in der stolzen Hauptstadt Kanadas und weinte ..., über einen Berg Kuchen. Wie man das Antlitz eines toten Sohnes betrachtet, so betrachtete ich diese Menge verschiedenen Backwerks. Ich war wohl ein undankbarer Landstreicher, daß ich mich nicht des Ueberflusses freute, von dem mir eine Familie geschenkt hatte, bei der am Abend zuvor Gesellschaft gewesen war. Den Gästen hatte der Kuchen offbar auch nicht geschmeckt.

Dieser Kuchen bezeichnete jedoch den Wendepunkt in meinem Schicksal. Schlimmer konnte es nicht werden; jetzt mußten bessere Zeiten kommen. Und sie kamen denn auch. Im nächsten Hause wurde ich „hereingebeten". Und das „Hereingebetenwerden" ist der Höhepunkt der Glückseligkeit. Man kommt unter Dach und Fach, hat gewöhnlich Gelegenheit, sich zu waschen und an einem richtigen Tische zu essen. Vagabunden lieben es, die Beine unter einen Tisch zu strecken. Das Haus war geräumig und gut eingerichtet und lag inmitten eines großen Gartens mit schönen Bäumen, ein gut Stück von der Straße ab. Man hatte gerade fertig gegessen, und ich wurde ins Speisezimmer geführt — an sich schon etwas höchst Ungewöhnliches, da Vagabunden, die das Glück haben, „hereingebeten zu werden", in der Regel in der Küche essen müssen. Ein grauhaariger, liebenswürdiger Engländer, seine matronenhafte Gattin und eine hübsche, lebhafte junge französische Dame unterhielten mich, während ich aß. Als ich den Bahnhof erreichte, fand ich zu meinem großen Aerger eine Bande von mindestens zwanzig Vagabunden vor, die alle darauf warteten, auf dem „blinden" Güterwagen des Ueberlandzuges zu fahren. Nun lasse ich mir zwei oder drei Vagabunden auf einem „Blinden" gefallen. Die bemerkt man nicht. Aber zwanzig! Das mußte zu Unannehmlichkeiten führen. Kein Zugpersonal würde uns alle fahren lassen.

Ich möchte hier gleich erklären, was ein „Blinder" ist. Gewisse Postwagen sind ohne Türen an den Schmalseiten gebaut; daher werden sie blind genannt. Gesetzt nun, ein Vagabund ist, nachdem sich der Zug in Bewegung gesetzt hat, auf die Plattform eines blinden Wagens gesprungen, so kann kein Schaffner oder Bremser kommen und das Geld für die Fahrkarte verlangen oder ihn herunterschmeißen. Es ist klar: der Vagabund ist vollkommen sicher, bis der Zug das nächste Mal hält. Dann muß er abspringen, in der Dunkelheit vor dem Zug laufen und, wenn er vorbeikommt, wieder auf den „Blinden" springen. Aber es gibt viele Arten, es zu machen, wie wir sehen werden.

(Fortsetzung folgt)

Versammlungskalender

Kommunistische Partei

Mittwoch, den 18. Mai:

Stadtteil 2, Straßenzelle D. Abends 7,30 Uhr findet ein Frauenwerbeabend statt. Genossin Olga Körner spricht über Frauen und Politik. Anschließend Musik und Rezitationen. Genossinnen, Genossen, erscheint zahlreich. Bringt Sympathisierende mit!

Kommunistischer Jugendverband

Dienstag, den 17. Mai:

Johannstadt. Abends 7,30 Uhr Gruppenabend bei Frommhold, Gerokstr. 7. Referat: Unsere Stellung zur SAJ.

Striesen-Ost und -West. Freie Gewerkschaftsjugend im Volkshaus-Ost, abends 7 Uhr. Thema: Klassenkämpfe.

Pirna. Abends 8 Uhr im Volkshaus Bühnenprobe. Alle Mitspieler müssen anwesend sein.

Roter Frontkämpferbund

Montag, den 16. Mai:

1. Abteilung. 7,30 Uhr abends Zugversammlungen in den bekannten Lokalen. 1. und 3. Zug gemeinsam im Bürgergarten. Erscheinen ist Pflicht.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Montag, den 16. Mai:

Abteilung 5. Heute 7,30 Uhr Mitgliederversammlung in Meißners Restaurant, Altlaubegast. Ref.: Gen. Lene. Mitgliedsbücher mitbringen.

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung E. V.

Dienstag, den 17. Mai:

Striesen. 8 Uhr abends im Glasewaldthof Versammlung mit Vortrag: „Die Stellung der Frau in der Gesellschaft." Gäste willkommen.

Achtung Arbeiterphotographen!

Lehrkursus Dienstag, den 17. Mai, abends 8 Uhr, im Büro der JAH, Güterbahnhofstraße. Interessenten sind eingeladen.

Arbeitersport

Aus der Landessportkartellagung

Die diesjährige Landesversammlung für die Sportkartelle des Freistaates Sachsen nahm am 8. Mai im Volkshaus zu Dresden ihren Verlauf. Ganz besonders ist ihre Eröffnung durch ein Referat über „Sport und Politik" erwähnenswert, das vom Landtagsabgeordneten, Genossen Arzt, gehalten wurde, der sich in lebhaftem Maße für die Förderung des Arbeitersportes als sozialistische Kampforganisation einsetzte. Der Vortrag wurde von den doch immerhin schon geschulten Funktionären sehr beifällig aufgenommen. — Der Bericht des Vorsitzenden, Genossen Peschke, betonte vor allem, daß die Bewegung die schwierigste Zeit, — Inflation und deren Nachwirkungen —, überstanden habe. Eine bereits begonnene Vorwärtsentwicklung ist wieder in allen Teilen des Landes zu beobachten. — An der Tagung nahmen von 142 Kartellen nur [illegible] 104 Vertretern teil. Vom Kartellvorstand waren acht Mitglieder anwesend. — An den Bericht schloß sich eine sehr umfangreiche Aussprache an, an der sich auch der Vertreter der [illegible] Genosse Wildung, der nicht immer Anerkennung seiner Ansichten fand, beteiligte. Der Genosse Schreiber sprach über den Entwurf eines Lustbarkeitsgesetzes, dessen Annahme durch den Reichstag eine Gefahr der Kontrolle unserer Jugendverbandsarbeit mit sich bringen kann. Als besondere Punkte der Aussprache sind noch zu erwähnen: der Austritt aus dem Landesjugendverband, die politische und gewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit unserer Funktionäre, das Veröffentlichen bürgerlicher Sportergebnisse in den Arbeiterzeitungen (eine Entschließung, die sich gegen die Aufnahme unglossierter bürgerlicher Sportberichte in den Tageszeitungen wendet, fand einstimmige Annahme). — Die Anträge brachten ein Verbot des Inserierens in bürgerlichen Zeitungen, das für alle den Kartellen angeschlossenen Verbände gelten soll, — sowie einen Aufruf, bei Sammlungen für das bürgerliche Olympia in Amsterdam die Taschen zu verschließen. — Zum Vorsitzenden wurde wiederum der Genosse Peschke einstimmig gewählt. — Die Kartellbewegung ist in Sachsen noch nicht restlos erfaßt. Es gibt immer noch eine große Zahl von Ortskartellen, die ihre Anmeldung beim Landeskartell noch nicht erwirkt haben, die es aber im Interesse der Geschlossenheit allerschnellstens tun sollten.

fsd.

Amtliche Bekanntmachungen

Nach § 9 der Ausführungsverordnung zum Rinderzuchtgesetz vom 20. Oktober 1925 hat in den Monaten April bis Juli die Hauptkörung der Zuchtbullen stattzufinden. Die in Frage kommenden Landwirte werden deshalb aufgefordert, die Anmeldung der Zuchtbullen zur Hauptkörung innerhalb 8 Tagen im hiesigen Polizeiamt, fr. Rathaus Deuben, 2. Stock, Zimmer Nr. 2, vorzunehmen.

Rat der Stadt Freital, am 13. Mai 1927.

Oeffentliche Sitzung

der Stadtverordneten zu Freital

Mittwoch, den 18. Mai 1927, abends 7 Uhr, im Rathause.

Freital, am 14. Mai 1927.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.

Städtisches Glückauf-Bad Freital-Zaucherode

vom 15. Mai täglich von 8 Uhr vorm. bis 8 Uhr abends geöffnet. Eintrittspreise: Dauerkarten für Erwachsene 2 Mark, für Angehörige und Kinder 1 Mark. Einzelkarte für Erwachsene 20 Pf., für Kinder, Schüler, Lehrlinge und Erwerbslose 10 Pf.

Rat der Stadt Freital, am 14. Mai 1927.

Die vom Stadtrat zu Freital unterm 24. Dezember 1921 aufgestellten Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe haben verschiedene Aenderungen erfahren und werden deshalb nachstehend in der neuen Fassung veröffentlicht.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und in Gewerbebetrieben in der Stadt Freital betr.

Für den Bezirk der Stadt Freital wird über die Sonn- und Festtagsruhe im Handelsgewerbe und in Gewerbebetrieben folgendes bestimmt:

§ 1.

Das Offenhalten der Verkaufsstellen, sowie die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern an Sonn- und Festtagen ist nur in den nachstehend aufgeführten Betrieben und nur zu den nachstehenden Zeiten gestattet.

§ 2.

Für den Handel mit Material- und Vorkostwaren, sowie mit frischem Obst und Milch gilt als regelmäßige Verkaufs- und Beschäftigungszeit die Zeit von 7 bis 9 Uhr früh, für den Handel von Back- und Konditorwaren, Blumen und Zeitungen die Zeit von 11 bis 1 Uhr mittags.

An dem 2. Oster-, Pfingst- und Weihnachtsfeiertag hat jede Beschäftigung und jeder Verkauf zu unterbleiben.

Der Verkauf von frischem Obst in Obsthütten während der Erntezeit der einzelnen Obstsorten darf von 11 Uhr vorm. bis 6 Uhr abends erfolgen.

Für die Monate Mai bis August mit Ausnahme des zweiten Pfingstfeiertages wird der Handel mit Roheis und die Beschäftigung in diesen Betrieben während der Zeit von 6 bis 8 Uhr vorm. gestattet.

§ 3.

In Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken ist die Vornahme der für den Betrieb unerläßlichen Arbeiten an allen Sonn- und Festtagen gestattet.

§ 4.

In Blumenbindereien sind die Arbeiten an Sonn- und Festtagen in demselben Umfange gestattet wie der Handel mit Blumen.

§ 5.

Zum Handel im Umherziehen sowie zum Handel auf öffentlichen Wegen und Plätzen oder anderen öffentlichen Orten oder ohne vorgängige Bestellung von Haus zu Haus durch Personen, welche im Gemeindebezirk ihren Wohnsitz oder eine gewerbliche Niederlassung haben, bedarf es der Bewilligung der Ausnahme von der Vorschrift in § 55 a der Reichsgewerbeordnung. Der Rat der Stadt behält sich vor, solche Ausnahmen einzelnen Personen auf Ansuchen zu gewähren und dabei die Verkaufs- und Beschäftigungsstunden, soweit sie nicht nach § 2 festgestellt sind, zu bestimmen.

§ 6.

Konditoreien, die zugleich das Schankwirtschaftsgewerbe betreiben, dürfen ihre Waren außerhalb der für den Verkauf nach § 2 gestatteten Zeiten nur an die in der Wirtschaft befindlichen Gäste zum sofortigen Genuß abgeben.

§ 7.

Selbsttätige Verkaufsapparate (Automaten) sind als offene Verkaufsstellen im Sinne von § 41 a der Reichsgewerbeordnung anzusehen. Das Feilbieten und Verkaufen durch solche Apparate ist daher auch nur zu den im § 2 bestimmten Zeiten gestattet.

§ 8.

Festtage im Sinne vorliegender Bestimmungen sind: Der Neujahrstag, der Karfreitag, der Himmelfahrtstag, die beiden Oster-, Pfingst- und Weihnachtsfeiertage, der Bußtag, das Reformationsfest, der 1. Mai und der 9. November.

§ 9.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden nach § 146 a der Reichsgewerbeordnung in Verb. mit §§ 105 b und 105 e der Reichsgewerbeordnung und nach § 5 des Sächsischen Gesetzes über die Sonntagsruhe vom 24. 12. 1921 mit Geldstrafe bis zu 600 Mark, im Unvermögensfalle mit Haft bestraft.

§ 10.

Vorstehende Bestimmungen treten mit ihrer Bekanntmachung in Kraft. Die Bekanntmachung vom 24. 12. 1921 wird hierdurch aufgehoben.

Rat der Stadt Freital, am 29. April 1927.

III. Nachtrag
zur Verkehrsordnung der Stadt Freital vom 28. 7. 1923.

I.

Die Verkehrsordnung wird durch nachfolgende Vorschriften ergänzt.

II.

§ 2 a.

Fußgangbahnen sind die lediglich für den Fußgängerverkehr bestimmten und in deutlicher Weise abgegrenzten, erhöhten oder auf andere Weise als Fußgangbahnen kenntlich gemachten Straßenteile, ferner Promenaden- oder andere Wege, die wegen ihrer Breite und Beschaffenheit für Fahrzeuge ungeeignet sind, gleichviel ob sie sich im Eigentum des Staates, der Stadt oder im Privateigentum befinden.

§ 3 a.

Fußgänger haben zum Zwecke des Einsteigens in Straßenbahnen die Fußgangbahnen erst dann zu verlassen, wenn die Straßenbahn vor der Haltestelle angelangt ist. Umzugsteilnehmer dürfen sich nicht auf der Oberen und Unteren Dresdner Straße sowie auf der Poisentalstraße versammeln; ebenso dürfen Umzüge sich auf diesen Straßen nicht auflösen.

§ 22 a.

Die Absicht des Abweichens aus der bisherigen Fahrtrichtung, des Wendens, der Verlangsamung der Fahrt, des Anhaltens, des Rückwärtsfahrens und des Einbiegens in eine andere Straße ist durch ein rechtzeitig zu gebendes nach vorn und rückwärts wahrnehmbares Zeichen kund zu machen. Die nötige Sorgfalt bei Leitung und Bedienung des Fahrzeuges oder Fahrrades darf nicht außer acht gelassen werden.

§ 23 a.

Fahrende Straßenbahnen sind von allen Fahrzeugen und Radfahrern grundsätzlich rechts zu überholen. Nur auf Straßen, auf denen der Zwischenraum zwischen Bordkante und der fahrenden Straßenbahn ein Rechtsüberholen nicht zuläßt, darf die fahrende Straßenbahn links überholt werden.

An Haltestellen darf an einer zur Aufnahme oder zum Absetzen von Fahrgästen haltenden Straßenbahn nur dann vorbeigefahren werden, wenn zwischen dem vorbeifahrenden Fahrzeug und der haltenden Straßenbahn ein Zwischenraum von mindestens 1,50 Meter bleibt.

Das Vorbeifahren hat dann in Schrittgeschwindigkeit zu erfolgen.

Jedes Linksvorbeifahren an einer haltenden Straßenbahn ist verboten.

Diese Vorschrift gilt auch für Krafträder und Radfahrer.

§ 24 a.

In der Nähe von Schulen und Krankenhäusern ist besonders vorsichtig zu fahren und alles unnötige Geräusch und Hupen zu vermeiden. An Schulen ist, wenn Schulkinder aus- und eingehen in Schrittgeschwindigkeit zu fahren.

§ 25 a.

Fahrzeuge, einschließlich Kleinwagen, dürfen 5 Meter vor und 15 Meter hinter der Haltestelle für Straßenbahnen und Kraftomnibusse nicht Aufstellung nehmen. Ebenso dürfen Kraft- und Fahrräder in diesem Raume nicht aufgestellt werden.

Fahrzeuge dürfen nicht verkehrshindernd halten bleiben.

§ 25 b.

Kommen Fahrzeuge oder Radfahrer, deren Wege im Winkel aufeinander treffen oder einander kreuzen, zu gleicher Zeit an einer Straßeneinmündung bzw. Kreuzung an, so hat derjenige, der die Hauptstraße befährt, das Vorfahrtrecht. Als Hauptstraßen gelten in erster Linie die Untere und Obere Dresdner Straße. Weiterhin gilt diejenige Straße als Hauptstraße, die der anderen gegenüber als am verkehrsreichsten anzusehen ist.

Den Vorfahrtberechtigten ist von den anderen Fahrzeugen der Weg freizulassen.

§ 25 c.

Die Fahrzeuge der Feuerwehr und der Polizei sind, wenn sie sich eines besonderen Signals bedienen, diesen Vorschriften nicht unterworfen. Sie haben stets das Vorfahrtrecht. Es ist ihnen in jeder Weise ungehinderte Fahrt zu ermöglichen.

§ 27 a.

Will ein Fahrzeugführer umlenken, so hat er darauf zu achten, daß die Fahrbahn frei ist und andere Fahrzeuge in ihrer Fahrt nicht beeinträchtigt werden.

§ 28 a.

Die Aufsicht über Geschirre darf Kindern unter 12 Jahren nicht übertragen werden.

§ 33 a.

Das Aufsitzen auf Hundefuhrwerken ist verboten.

§ 38 a.

Suchscheinwerfer dürfen nur auf kurze Zeit zum Suchen von Straßennamen oder Hausnummern gebraucht werden. Hierbei ist in Schrittgeschwindigkeit zu fahren. Ein dauerndes Brennen während der Fahrt oder beim Halten ist verboten.

§ 39 a.

Das Anhängen an Fahrzeuge aller Art und an Straßenbahnen ist verboten.

Die Mitnahme einer weiteren Person auf dem Rade ist verboten. Ausgenommen sind Kinder, falls für sie ein besonderer Sitz auf dem Fahrrad vorhanden ist.

Das Anhängen von Klein- und Kinderleiterwagen an Fahrräder ist verboten.

Die Mitnahme von Gepäck oder sonstigen Gegenständen ist nur insoweit zulässig, als dadurch die Bewegungsfreiheit des Fahrrades nicht beeinträchtigt oder Menschen oder Eigentum nicht gefährdet werden.

Hunde dürfen von Radfahrern während des Fahrens nicht an der Leine geführt oder an das Fahrrad gebunden werden.

§ 43 d 2.

Besitzer von Hunden sind dafür verantwortlich, daß diese die Fußgangbahnen nicht verunreinigen.

§ 57 a.

Vor den Fenstern aufgestellte Blumenstöcke und -kästen müssen durch ein Gitter oder sonstige Vorrichtung befestigt sein, damit bei starkem Wind ein Herabfallen und damit eine Gefährdung des Publikums ausgeschlossen ist.

Durch das Begießen der aufgestellten Blumen darf das Publikum nicht belästigt oder beschmutzt werden.

III.

Vorstehender Nachtrag tritt nach seiner Veröffentlichung in Kraft.

Rat der Stadt Freital, am 29. April 1927.

— Radeberg —

Freibank Radeberg.

Dienstag, den 17. Mai 1927, nachmittags 5 Uhr gelangt Rindfleisch, roh, das Pfund 55 Pf., zum Verkauf.

J. A.: Endmann, Pol.-Kommissar.

Hiermit allen Verwandten und Bekannten sowie Kollegen die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber, guter Vater, Herr

Emil Tauber

in der Nacht von Freitag zu Sonnabend, 1/4 1 Uhr, im Johannstädter Krankenhaus verschieden ist.

Die Einäscherung findet am Dienstag, den 17. 5., 1/2 6 nachm., im Krematorium zu Tolkewitz statt.

Die dankbaren Kinder

Fort mit Giften und schädlichen Arzneien bei

Rheumatismus Gicht, Ischias, Nervenschmerzen sowie Schlaflosigkeit.

Hilfe auch bei älteren, hartnäckigen Leiden durch unser neues, schnell wirkendes Spezial-Mittel. Langwierige Tee- und Einreibekuren sind daher nicht mehr nötig. Leicht und angenehm einzunehmen. Zahn- und Kopfschmerzen verschwinden in 1 Minute.

Täglich eingehende Dankschreiben bezeugen die kaum glaublich überraschende Wirkung, trotzdem alles andere nicht geholfen hatte. Garantiert unschädlich. Preis RM 7,— per Nachnahme. Prospekt kostenlos.

Schäfer, Ast & Co., G. m. b. H.
Hamburg 11 Herrengraben 29
Laboratorium für giftfreie Volksheilmittel

Bekanntmachung
des Oeffentlichen Arbeitsnachweises Freital und Umgegend

I.

Wegen erheblichen Rückganges der Erwerbslosigkeit wird die Nebenstelle des Arbeitsnachweises Freital u. Umg. in der Baracke auf dem Steigersportplatz bis auf weiteres eingezogen. Die Erledigung der Arbeitsnachweis-Geschäfte und Zahlung der Erwerbslosenunterstützung erfolgt vom **Montag, den 23. Mai 1927** ab in der Hauptgeschäftsstelle des Oeffentlichen Arbeitsnachweises Freital u. Umg., Lange Straße 19.

II.

Wegen Reinigung sind die Geschäftsräume des Oeffentl. Arbeitsnachweises Freital u. Umg. am **Montag, dem 30. d. M.** geschlossen. Zur Erledigung dringender Angelegenheiten sind die Geschäftsräume in der Zeit von 11—12 Uhr vormittags geöffnet.

Freital am 14. Mai 1927.

Stadtrat Scheibner
Vorsitzender

Sämtliche **Herren- und Knaben-Kleidungen** sowie alle Arten von **Berufsbekleidung** in größter Auswahl
R. Grahl, Pirna, Elbtor
6 Schaufenster

Mundharmonikas
gr. Ausw., jed. Dur a. Lager
E. Friedel, Stiftsstr. 2b

2 Mark
kostet eine
Windjacke
chemisch zu reinigen einschl. wasserdicht-Imprägnation bei der
Großwäscherei Dürerstraße 44

Uhren, Gold- und Silberwaren
Gustav Gmy
Moritzstraße 10 Telephon 20323

Restaurant Glasewaldthol
Beste Einkehr für Vereine, Sportler und Arbeiter
Jeden Dienstag Schlachtfest
Neue Bewirtung!
Otto Herbrig und Frau

Radio-Schnorr
Billigste Bezugsquelle für Apparate und Zubehör
Pirnaische Straße 11

Bettfedern-Reinigung mit elektr. Betrieb (hygienisch)
Marie Steiner
Meißen, Plossenweg 2